



BESCHLUSSBUCH

**zum XVII. Ordentlichen Landesparteitag
der SPD Mecklenburg-Vorpommern**

Rostock | 20./21. August 2022

	Antragsteller	Titel	Adressat
Initiativ	Landesvorstand	Den sozialen Frieden wahren und MV durch die Energiekrise bringen. Versorgung sichern. Energiewende beschleunigen. Wirksam entlasten.	Landesvorstand, Landtagsfraktion, Landesregierung, Parteivorstand
A1	AfA	SPD-Grundrentenkonzept weiterverfolgen	Landesvorstand
A2	AfA	Tariföffnungsklausel zu Lasten der Beschäftigten bei der Altersvorsorge einschränken	Landtagsfraktion & Landesregierung
A3	OV Gadebusch	Tarifbindung bei Projektförderung des Landes Mecklenburg-Vorpommern konsequent umsetzen!	MdB und Landesvorstand
A4	OV Bützow	Wie im Koalitionsvertrag 2021 – 2026 vereinbart, setzen wir die finanzielle Förderung der im Bundesland tätigen Beschäftigungsgesellschaften um.	Überweisung an Landesvorstand
B1	KV Rostock & AfB	Klassenzimmer sind keine Sardinenbüchsen	Landtagsfraktion & Landesregierung
B2	KV Rostock	Innereuropäischen Austausch für Auszubildende aus MV im Rahmen Erasmus+ intensivieren	Landtagsfraktion & Landesregierung
B3	KV Rostock	Den Lehrerberuf attraktiver machen, halbe Stunden verbieten!	Überweisung an Landtagsfraktion (AK Bildung)
B4	KV Rostock	Lernmittelkostenbeiträge abschaffen!	Landtagsfraktion & Landesregierung
B5	KV Vorpommern-Greifswald	Rückkehr zu G9	Überweisung an Landesvorstand
B6	AfA	Abendgymnasien für alle Schulabschlüsse öffnen	Überweisung an Landtagsfraktion (AK Bildung)
B7	AfB	Berechnungsgrundlage für landesweit einheitliche Mindestpersonalschlüssel für Kitas	Landtagsfraktion & Landesregierung
B8	AfB	Deutsch als Zweitsprache	Landtagsfraktion & Landesregierung
B9	AfB	Rechtsverordnung für die Früherkennung und Frühförderung gem. § 46 Abs. 6 SGB IX	Landesregierung
B10	AfB	Schulfahrten Gedenkstätten	Landtags- & Bundestagsfraktion & Landesregierung
B11	AfB	Inklusive Förderung in Kindertageseinrichtungen	Landtagsfraktion & Landesregierung
B12	AfB	Durchgängige Politische Bildung in der Schule	Landtagsfraktion & Landesregierung
B13	AfB	Sprach-Kitas retten – Keine Kürzungen bei der Sprecharbeit der Kitas	Bundestagsfraktion & Landesgruppe Ost Antrag an Konvent
B14	AfB	Auftrag: Gemeinschaftsschulen entwickeln!	Landesvorstand
B15	AfB	Hochwertigen Seiteneinstieg in den Schuldienst absichern/entwickeln!	Landtagsfraktion & Landesregierung
B16	AfB	Lehramtsstudium reformieren – gute Schule für alle ermöglichen!	Landtagsfraktion & Landesregierung
B17	AfB	Corona-Folgen minimieren!	Landtagsfraktion & Landesgruppe MV & Landesregierung
B18	AfB	Modellschulen	Überweisung an Landtagsfraktion

B19	AfB	Gute Arbeit an den Hochschulen in M-V voranbringen!	Überweisung an Landtagsfraktion
B20	Jusos MV	Digitales Durcheinander: Nein danke! - Bildungsföderalismus weiter entwickeln	Landtagsfraktion, Landesgruppe Ost
B21	Jusos MV	Diskriminierungssensible Lehrkräftebildung umsetzen	Landtagsfraktion & Landesregierung & lehrkräftebildenden Hochschulen
B22	Jusos MV	Gerechte Finanzierung staatlicher Schulen	Überweisung an die Landtagsfraktion (AK Innen)
E3	Landesvorstand	Akzeptanz der Erneuerbaren Energien durch neue Beteiligungsmöglichkeiten weiter stärken	Landtagsfraktion & Landesregierung & kommunale Spitzenverbände
E4	KV Vorpommern-Greifswald	Unmittelbare Förderung der Teilhabe an der Energiewende	Überweisung an Landtagsfraktion
E5	KV Nordwestmecklenburg-Wismar	Ausbau von Photovoltaikanlagen auf privaten Hausdächern	Überweisung an Landtagsfraktion (AK Umwelt)
E6	KV Nordwestmecklenburg-Wismar	Schluss mit der Versteuerung von selbsterzeugtem Photovoltaikstrom auf den Anteil von eigengenutztem Strom	Landesregierung & Bundestagsfraktion
E7	OV Schwerin-Südstadt	Strategien und Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung im Land und in den Kommunen entwickeln und durchführen	Überweisung an Landtagsfraktion (AK Umwelt)
E8	KV Rostock	Schluss mit Sackgassen! Pfandsystem sozial und ökologisch gestalten	Bundestagsfraktion
I1	Landesvorstand	Stark vor Ort – Perspektive 2024	Landesvorstand
I2	OV Schwerin-Südstadt	Gutes Wohnen für Geflüchtete	Landesgruppe MV
I3	OV Schwerin-Südstadt	Wohnraumförderung weiterentwickeln	Landtagsfraktion & Landesregierung
I4	KV Vorpommern-Greifswald	Opferperspektive voranstellen	Landtagsfraktion & Landesregierung
I5	Jusos MV	Vertrauen schaffen - Lobbyregister für den Landtag Mecklenburg-Vorpommern	Landtagsfraktion & Landesregierung
I6	AsF	Parität jetzt!	Landtagsfraktion & Landesvorstand
I7	AsF	Eckpunkte zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Mecklenburg-Vorpommern	Landtagsfraktion & Landesregierung; sozialdemokratische Kommunalpolitiker*innen
I8	AsF	Antifeminismus als Teil des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus anerkennen und bekämpfen	alle
I9	KV Vorpommern-Greifswald	Ablehnung der von der Ampel-Koalition im Bund geplante Wahlrechtsreform	Landesregierung & Landesgruppe MV
IN1	Landesvorstand	Zusammenarbeit mit dem demokratischen Ostseeraum stärken	Landtagsfraktion & Landesregierung & Landesvorstand
IN2	Jusos MV	Im Schatten des Krieges leben... Deutsche Sicherheitsarchitektur im neuen 21.Jahrhundert	Überweisung an AK Bundespolitik
J1	AsJ	Digitale Agenda Justiz	Landesregierung & Landesgruppe MV

J2	AsJ	Digitalisierung in und für Aus-, Weiter- und Fortbildung in Justiz und Recht	Landtagsfraktion & Landesregierung
J3	AsJ	Einführung von E-Examen	Überweisung an die Landtagsfraktion
J4	AsJ	Evaluierung diverser Rechtsetzungen	Überweisung an die Landtagsfraktion & Landesvorstand
J5	AsJ	Fonds für staatlichen Opferschutz	Überweisung an die Landtagsfraktion & Landesvorstand
O1	OV Laage	Parteiarbeit und -strukturen mit Blick auf Verbesserungspotenziale evaluieren	Landesvorstand & Landesparteirat
S1	OV Carbäk-Dummerstorf-Rostocker Heide	Gleichstellung im Steuerrecht durchsetzen	Landesregierung
S2	LV Landkreis Rostock	Leihmutterschaft und Eizellenspende erlauben	Überweisung an den Landesvorstand
S3	AfB & LV Landkreis Rostock	Heimerziehung und sonstige betreute Wohnformen (§ 34 SGB VIII) – Hilfe zur Erziehung	Landtagsfraktion & Landesregierung
S4	OV Schwerin Südstadt	Pilotprojekt zur Installation einer Schulgesundheitsfachkraft/School-Nurse/Schulkrankenschwester an einer Gesamtschule	Landtagsfraktion & Landesregierung
S5	OV Carbäk-Dummerstorf-Rostocker Heide	Umsetzung der Empfehlung der Gutachterkommission „Universitätsmedizin MV 2030“	Überweisung an die Landtagsfraktion
S6	KV Nordwestmecklenburg-Wismar	Gebührenfreiheit für Personaldokumente und für die Ausstellung des Führerscheins für bedürftige Personen also Einkommensbezieher nach SGB I...I XII und SGB I...I II	Überweisung an den AK Bundespolitik
S7	KV Nordwestmecklenburg-Wismar	Kleine Einkommen und Renten noch stärker von der Preisexplosion entlasten	Landesregierung & Bundestagsfraktion
S8	KV Rostock	Anonymisierte Bewerbungsverfahren	Antrag beim BPT einreichen
S9	KV Rostock	Zeitenwende in der Sozialpolitik verwirklichen	SPD-Bundestagsfraktion & Bundesarbeits- und Sozialminister
S10	KV Vorpommern-Greifswald	Reformierung des Gesundheitssystems	Landtagsfraktion & Landesregierung
S11	AfB	Geförderter Familienurlaub nach § 16 SGB VIII	Landesregierung & Bundestagsfraktion
S12	OV KTV	Beschluss – Inklusion als Menschenrecht - SPD MV geht mit gutem Beispiel voran	Landesvorstand & Landesregierung
S13	Jusos MV	Attraktivität ehrenamtlicher Tätigkeiten steigern	Überweisung an die Landtagsfraktion
S14	Jusos MV, AfA, AsF	Grunderbe jetzt – Wohlstand für alle!	Landesvorstand, Landtagsfraktion & Landesregierung
S15	Jusos MV	Selbstbestimmtes Wohnen für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung ermöglichen	Landesregierung & Kommunalpolitiker*innen

S16	Jusos MV	Gewährung des altersunabhängigen Unterhaltsvorschusses in der schulischen Ausbildung der Kinder	Landesregierung & Bundestagsfraktion
S17	Jusos MV	Strukturelle Entlastungen schaffen und die Handlungsfähigkeit des Staates auch über die Krise hinaus erhalten!	Landesvorstand & Bundestagsfraktion
S18	KV Vorpommern-Greifswald	Landesweite Ehrenamtsstrategie	Landesvorstand, Landtagsfraktion & Landesregierung
S19	OV KTV	Verhinderung von Altersarmut – für eine lebensstandardsichernde Rente!	Parteivorstand & Bundestagsfraktion
S20	Jusos MV	Digitales Durcheinander: Nein danke! - Bildungsföderalismus weiter entwickeln	Landtagsfraktion & Landesregierung
U1	Jusos MV	Biologische Vielfalt auf kommunalen Grünflächen	kommunalen Verantwortungsträger:innen der SPD
V1	KV Vorpommern-Greifswald	Bahn stärken, ländlichen Raum und Tourismusgebiete anbinden – Die Verkehrswende in M-V beherzt angehen!	Landesregierung
V4	KV Nordwestmecklenburg-Wismar	Tempolimit jetzt	Landesregierung
V5	KV Rostock, Jusos MV	Infrastruktur für Verkehrswende schaffen	Der Antrag wird an den SPD-Bundesparteitag weitergeleitet.
V6	Jusos MV	Nächster Halt: Mobilitätswende – Die Weiterführung des 9-Euro-Tickets	Landesregierung & Bundestagsfraktion
W1	OV Rügen-Hiddensee	Bekanntnis zu den Tourismusregionen im Tourismusgesetz Mecklenburg-Vorpommern	Landtagsfraktion & Landesregierung

Antragsteller:in: Landesvorstand

Den sozialen Frieden wahren und MV durch die Energiekrise bringen. Versorgung sichern. Energiewende beschleunigen. Wirksam entlasten.

Nach den fordernden Jahren der Corona-Pandemie steht unser Land angesichts der **Folgen des völkerrechtswidrigen Ukraine-Krieges** mitsamt den Preissteigerungen für Lebensmittel und Energie und der eingeschränkten Verfügbarkeit von Rohstoffen vor der nächsten sehr ernstesten Herausforderung. Vom Betrieb der kleinen Backstube bis zur Logistik im Großhandel – vom Beheizen der privaten Wohnung bis zum warmen Klassenzimmer: Überall wird deutlich, wie wichtig verfügbare und bezahlbare Energie für alle Bereiche des Lebens und Wirtschaftens ist.

Wir Sozialdemokrat*innen der SPD MV betrachten die **aktuelle Entwicklung auf dem Energiemarkt** mitsamt der sich abzeichnenden Folgen für private Haushalte und die Wirtschaft mit großer **Sorge**. Wieder muss es uns darum gehen, im Schulterschluss zwischen öffentlicher Hand auf allen Ebenen mit der Wirtschaft und den Bürger*innen gegenzusteuern, um Arbeitsplätze, unsere produktive Basis und das Know-how im Land zu sichern und vor allem, um den sozialen Frieden zu wahren. Nach Corona ist die **Energiekrise ein weiterer Solidaritätstest für unsere Gesellschaft**.

Konkret stehen wir aktuell vor **vier wesentlichen Aufgaben**, die zeitgleich bearbeitet und gelöst werden müssen. Im Einzelnen sind dies

1. die **Sicherstellung der Versorgung der privaten Haushalte und Wirtschaft** mit Wärme, Strom und Energie für Mobilität, in diesem Zusammenhang
2. die **Nutzung von Einsparmöglichkeiten**,
3. die **Beschleunigung der laufenden Energiewende** sowie
4. eine **wirksame Entlastung** der Bürger*innen und der Wirtschaft – inkl. der Verhinderung von übermäßigen Krisengewinnen, die Unternehmen nur durch die aktuelle Notlage machen können.

Jetzt gilt es, gemeinsam zu verabreden, wie wir als Land Mecklenburg-Vorpommern gut durch den Winter kommen, damit wir weiter die Zukunftsaufgaben anpacken können.

Unsere sichere, nachhaltige und vor allem bezahlbare Energieversorgung bleibt zugleich eine Herausforderung über diesen Winter hinaus. Wir brauchen deshalb den klaren Blick für erforderliche Maßnahmen in diesem Herbst und eine Vorbereitung auf den Winter. Gleichzeitig werden wir dabei aber den Blick für die Generationenaufgabe Energiewende und nachhaltige Energieversorgung sowie die langfristige Bezahlbarkeit der Energieversorgung für private Haushalte und die Wirtschaft auch weiterhin klar langfristig ausrichten. Es gibt ein energiepolitisches Morgen auch nach diesem Winter mit komplexen Aufgaben und Herausforderungen. Diesen Kurs setzt die MV-SPD seit vielen Jahren in praktische Politik umgesetzt.

1. Versorgung sicherstellen – neue Energiequellen erschließen

Das **A und O** mit Blick auf den Herbst und Winter ist die **Sicherstellung der Versorgung von Bevölkerung und Wirtschaft** mit Energie für das Wohnen und Heizen, die Produktion und natürlich unsere Mobilität. Dass MV im laufenden Übergang zur Energiesouveränität durch Erneuerbare Energien auf Gas nicht verzichten kann, war uns von Anfang an klar. Dafür wurde durch das Netz an Pipelines und Verteilstationen auch Vorsorge getroffen. Putins Krieg gegen

die Ukraine verstößt gegen alle Regeln des Völker- und Menschenrechts und ist durch nichts und niemanden zu rechtfertigen. Die Entscheidung der Russischen Föderation für Krieg in Europa hat die bisherige Struktur der Versorgung unmöglich gemacht.

Wir begrüßen, dass mit Hochdruck an schnell einsetzbaren Alternativen gearbeitet wird. Es ist gut, dass die Bundesregierung für 2023 die **Inbetriebnahme eines Flüssiggas-Terminals (LNG-Terminals) vor Lubmin** anstrebt. Dieses fügt sich in die see- und landseitig vorhandene Infrastruktur ein und kann zukünftig für die Anladung von grünem, also durch Erneuerbare Energien CO₂-neutral erzeugtem Wasserstoff genutzt werden.

Damit **schon für diesen Herbst und Winter** zusätzliches LNG zur Verfügung steht, arbeitet die Landesregierung gemeinsam mit einem privaten Unternehmenskonsortium daran, in der kurzen Frist mit **Shuttle-Booten LNG in Lubmin anzulanden und in die dort seit Jahren für die Versorgungssicherheit in größeren Teilen Europas errichtete Infrastruktur einzuspeisen**. Hierfür unterstützt sie die Firma Regas, die diese Versorgung mit dem Energieunternehmen TotalEnergies realisieren will. Insgesamt ist festzustellen, dass unser Bundesland und auch der Rest Deutschlands, der heute wie morgen LNG über die MV-Infrastruktur bezieht, von der im Zuge von Nordstream1 und 2 entstandenen Pipeline-Infrastruktur in Ost- und Norddeutschland profitiert. Ohne diese könnte jetzt kein LNG eingespeist und innerhalb Deutschlands sowie Europas transportiert werden.

Bei der Stromerzeugung profitiert Mecklenburg-Vorpommern davon, dass **schon heute mehr als das Doppelte des eigenen Strombedarfs durch Erneuerbare Energien produziert** wird. Mit Blick auf die Versorgung mit Strom und Wärme insgesamt hat die Bundesregierung entschieden, dass die vorhandenen Kohlekraftwerke zunächst weiterlaufen. Das **Kohlekraftwerk** in der Universitäts- und Hansestadt Rostock hat aufgrund geringer Auslastung in den vergangenen Jahren **erhebliche Reservekapazitäten** und kann somit einen wesentlichen Beitrag für die Sicherstellung der **Stromversorgung** in ganz MV leisten und zudem das **Fernwärmenetz** in dessen Umfeld speisen.

Einen weiteren Beitrag zur **Versorgung Ostdeutschlands mit Benzin und Treibstoffen** wird der **Rostocker Ölhafen** leisten. Das von der Raffinerie in Schwedt dringend benötigte Öl wird nach dem Ende des Bezugs aus Russland in Rostock mit Schiffen angelandet und dann in den ebenfalls vorhandenen Pipelines gen Süden transportiert. **Mecklenburg-Vorpommern leistet damit einen wichtigen Beitrag für die Versorgungssicherheit in ganz Deutschland**, vor allem aber in Ostdeutschland. Der Rostocker Hafen hat sich mit herausragenden Projekten und Partnern für die beginnende Wasserstoffentwicklung als zentraler Hafen- und Industriestandort vorbereitet. Dessen Hilfe für die deutsche Energieversorgungssicherheit darf nicht dazu führen, dass diese guten und vorangeschrittenen Pläne behindert werden. Die MV-SPD erwartet, dass die Bundesregierung den Hafen, Rostock und das Land intensiv dabei unterstützt, durch weitere Zukunftsinvestitionen den parallelen Umschlag von Ölprodukten und Wasserstoff zu ermöglichen. Hierfür braucht es im Hafen – aus Sicherheitsgründen mit ausreichender Distanz zum bisherigen Liegeplatz für diesen Umschlag – eine zweite Anlandemöglichkeit für solche Flüssiggüter und Gase. **Rostocks Hafen darf für seine solidarische Hilfe für die deutsche Energieversorgungssicherheit nicht mit einem Verlust seiner klugen Wasserstoffplanungen bestraft werden.**

Die **Debatte um einen längeren Betrieb der Atomkraft** zeigt, wie groß der Energiehunger insbesondere im Süden Deutschlands ist – und, wie wenig dort bisher in alternative Energieerzeugung investiert wurde. **Ob und inwieweit Atomkraftwerke (AKW) für die Versorgung gebraucht werden, muss der durch die Bundesregierung beauftragte Stresstest ergeben.** Dies Ergebnis gilt es abzuwarten. So oder so bleibt es für uns beim beschlossenen Atomausstieg. Mehr als ein stabilisierender Betrieb über den Winter, der keine

neuen Brennstäbe erfordert und zusätzlichen Atommüll vermeidet, erscheint alleine schon mit Blick auf personelle und sachliche Anforderungen an den Betrieb kaum realistisch.

Der Forderung nach Fracking – also der Herauslösung von Gas aus Gesteinsschichten mittels Druck und Chemikalien – auf dem Gebiet von MV erteilen wir im Interesse von Mensch und Natur eine Absage.

2. Energie einsparen – Energiepotentiale heben

Wir in MV verfügen im Gegensatz zu anderen Bundesländern über die Strukturen zur Anlandung und Einspeisung von Gas und LNG, produzieren deutlich mehr Wind- und Solarenergie als wir verbrauchen, haben ein leistungsfähiges Kraftwerk in Rostock mit viel Reservekapazität und zudem den Rostocker Ölhafen. Damit sind wir **in MV dicht an vielen Energie-Quellen, von denen wir im Herbst und Winter profitieren werden**. Trotzdem gilt: Um eine Gasmangellage wirksam zu verhindern, muss auch bei uns im Land Energie und dabei vor allem Gas gespart werden. Aussagen der Bundesnetzagentur legen nahe, dass eine Einsparung von 20 Prozent anzustreben wäre, um als MV versorgt durch die nächsten beiden Winter kommt.

Damit Engpässe möglichst **gar nicht erst auftreten**, müssen in einer gemeinsamen Kraftanstrengung bereits zuvor wichtige **Einsparpotentiale identifiziert und gehoben** werden. Dabei ist uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten klar, dass die Unternehmen und privaten Haushalte schon jetzt vernünftig handeln und niemand einen Anreiz hat, Energie zu verschwenden.

Das **Land MV** wird im Sinne einer **Vorbildwirkung kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zur Einsparung und nachhaltigen Energiegewinnung** benennen und nutzen. Eine zentrale Rolle wird hierbei die Bewirtschaftung der Landesliegenschaften spielen. Einrichtungen der Daseinsvorsorge, Versorgung und Sicherheit werden hierbei nicht in ihrer Funktion und Leistungsfähigkeit eingeschränkt werden.

Die Kommunen, die Wirtschaft und die Verbraucher werden wir u. a. durch gezielte Beratung bei der Erstellung individueller Konzepte zur Steigerung der Energieeffizienz unterstützen. Dabei werden aber niemandem Vorschriften gemacht werden, wie warm oder ausdauernd bspw. geduscht werden darf. Jedoch brauchen wir eine **gemeinsame solidarische Kraftanstrengung**, bei der jede/r individuell die Frage beantwortet, wie zusätzlich Energie gespart werden kann.

3. Energiewende beschleunigen – Chancen für Umwelt und Wirtschaft nutzen

Das wirksamste Mittel zur dauerhaften und nachhaltigen Reduzierung des Verbrauchs fossiler Energieträger ist der weitere Ausbau und die Beschleunigung der Wende hin zur Erzeugung, Speicherung und Nutzung Erneuerbarer Energie in den Bereichen Strom, Wärme und Mobilität. Die **Wende hin zur CO₂-Neutralität und Energiesouveränität ist bei uns längst beschlossene Sache und bietet große Chancen auch für den Wirtschaftsstandort MV**, für Innovation, Wertschöpfung und Beschäftigung. Für uns als SPD war von Anfang an klar, dass wir für den **versorgungssicheren und sozialen Übergang in eine saubere Zukunft** angesichts der aktuellen Bedarfe auf Gas zeitweilig nicht verzichten können. Ganz in diesem Sinne hat sich MV in der Vergangenheit immer für eine **verlässliche Energieversorgung und bezahlbare Preise** engagiert. Das klare Ziel der Energiewende lässt sich unserer Auffassung nach nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft erreichen. Damit der Zusammenhalt gewahrt und Arbeitsplätze gesichert werden.

In den vergangenen Jahren ist das Energieland MV auf diesem Weg schon große Schritte vorangekommen. Die **Stromerzeugung aus Offshore-Windkraft** hat sich verdreifacht. In den

nächsten vier Jahren werden **weitere Windparks** in der Ostsee gebaut. Unternehmen schauen in Ansiedlungsabsicht inzwischen gezielt nach MV, um bei der Produktion von der Verfügbarkeit erneuerbar hergestellten Stroms profitieren zu können. Wir heben in MV das Potential dieser Interessen für einen nachgewiesen möglichst kleinen Fußabdruck der Produktionsprozesse durch das **Ausweisen „grüner Gewerbegebiete“** gemeinsam mit den Kommunen und der Wirtschaft vor Ort in den geeigneten Industrie- und Gewerbegebieten. Trotzdem wollen und können wir noch weiter und besser sein. Dass die Bundesregierung inzwischen den „**Offshore-Deckel**“ angehoben hat und die Verfahren für den Windkraftausbau an Land beschleunigt werden, ist richtig.

Das Land MV wird **zusätzliche Maßnahmen** ergreifen, um **Verwaltungsverfahren und den Ausbau in MV zu beschleunigen**: Hierzu werden wir in Regierungsverantwortung dafür sorgen, dass zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingesetzt werden, damit die Gewinnung der Windkraft und Solaranlagen an Land schnell weiter ausgebaut werden können. In diesem Zusammenhang werden wir prüfen, inwieweit kurze Fristen bei Zielabweichungsverfahren durch die Anwendung der „Genehmigungsfiktion“ erreicht werden können. Es bleibt dabei, dass eine Energiewende dann gelingt, wenn sie gemeinsam mit den Bürger*innen gestaltet wird und die Menschen vor Ort direkt von der Errichtung Erneuerbarer Energiegewinnung profitieren.

Mit dem „Energiehafen Rostock“ verfolgen wir im Rahmen eines großen IPCEI-Projektes auf europäischer Ebene beispielsweise die **Errichtung eines 100-Megawatt-Elektrolyseurs**, der **perspektivisch auf ein Gigawatt ausgebaut** werden soll. Das Leibniz-Institut für Katalyse (LIKAT) erforscht die **Produktion von Treibstoffen für emissionsfreie Antriebe** im industriellen Maßstab und im Landeshaushalt stehen rund 100 Mio. Euro für die Entwicklung der **Wasserstoffwirtschaft** in MV zur Verfügung.

Immer mehr **lokale Energieversorger** setzen auf nachwachsende Rohstoffe, Geothermie sowie Power-to-Heat-Anlagen. Nahwärmenetze in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft sind in MV inzwischen erprobte und bewährte Modelle. Bio-Energiedörfer bieten Orientierung, wie die überwiegende Wärme- und Stromversorgung auf Biomasse umgestellt werden kann.

Für die **verstärkte Nutzung der Sonnenenergie** werden wir ein mehrere Millionen Euro umfassendes Programm für mehr Photovoltaik auflegen, das nicht nur Eigentümer*innen, sondern gleichwohl **Mieter*innen** adressiert. Damit werden die Umwelt und der Geldbeutel zugleich geschont.

Insgesamt wird es zukünftig darum gehen, über **dezentrale, integrierte Energiekonzepte** zu verfügen, in denen intelligente Netze die Erzeugerkapazitäten und Speichermöglichkeiten mit den individuellen Bedarfen, Aspekten der Versorgungssicherheit sowie Wirtschaftlichkeit, Sozialverträglichkeit, Bezahlbarkeit und Nachhaltigkeit in Einklang bringen. Die Erarbeitung solcher Konzepte ist sinnvollerweise auf der Ebene der lokalen Versorger wie der Stadtwerke angesiedelt und wird seitens des Landes weiter unterstützt werden.

Der breite **Dialogprozess für ein MV-Klimaschutzgesetz** ist angelaufen. Ziel ist und bleibt, die CO₂-Neutralität bis spätestens 2040. Zu diesem Zwecke werden konkrete Ziele und Maßnahmen wie der Moorklimaschutz, Aufforstung, Nutzung nachhaltiger Baustoffe, Schutz der Ostsee und Küste, Bodenverbesserung und der Ausbau der Erneuerbaren Energien verhandelt und festgelegt.

4. Bürger*innen und Wirtschaft wirksam entlasten – Krisengewinne abschöpfen – Daseinsvorsorge schützen

Die Entwicklungen des Preisniveaus und Energiemarktes geben Anlass zur **ernsten Sorge über soziale Verwerfungen in unserer Gesellschaft**. Diese gilt es – wie schon angesichts Corona –

zu verhindern und ihnen aktiv entgegenzuwirken. Der Bund hat mit der von uns geforderten Abschaffung der EEG-Umlage, dem Energiegeld für Beschäftigte inkl. der Azubis, dem Kinderbonus, dem Tankrabbatt, dem 9-Euro-Ticket, Steuerentlastungen, Einmalzahlungen, gestiegenen Zuschüssen für Transferleistungsbezieher*innen und Unternehmenshilfen bereits **Maßnahmepakete zur Entlastung der Bürger*innen geschnürt**. Diese werden durch MV schon jetzt im dreistelligen Millionenbereich kofinanziert. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Hilfen nicht ausreichend sein werden. **Wir fordern eine Ausweitung auf Rentner*innen, Soloselbständige und Studierende.**

Die größte Belastung der Haushalte ist aktuell der Gaspreis. Bereits im ersten Quartal 2022 haben die Landesregierung und die Landesgruppe-Ost im Bundestag in diesem Zusammenhang angeregt, einen „**Gaspreisdeckel**“ einzuführen. Dabei geht es darum, zu definieren, welchen bedarfsnotwendigen Grundverbrauch (bspw. 80% des Durchschnittsverbrauchs) an Gas ein Haushalt hat. Dieser wird dann für einen begrenzten Zeitraum zu einem Festpreis, der sich z. B. am Durchschnittspreis des Vorjahres orientiert, den Verbraucher*innen zur Verfügung gestellt. Die Differenz zwischen gedeckeltem Festpreis und aktuellem Gaspreis muss durch den Bund getragen werden. **Dieses Modell regen wir weiterhin an und unterstützen es.**

Wir setzen uns außerdem für die Auszahlung eines weiteren **Heizkostenzuschusses im Wohngeld** in diesem Jahr sowie die angekündigte umfassende **Wohngeldreform**, die eine monatliche Heizkosten- bzw. Klimakomponente enthalten soll (deutliche Anhebung Einkommens- und Mietgrenzen), ein. Diese muss zügig auf den Weg gebracht werden, damit sie ab 2023 wirksam wird.

Beim 9-Euro-Ticket muss ebenfalls schnell über eine Anschlusslösung diskutiert werden. In MV verfolgen wir mit dem **Azubi- und Seniorenticket** ohnehin den Weg zum späteren **Ziel eines 365-Euro-MV-Tickets**. Ein nächster Schritt des Bundes sollte sein, neben den Menschen, die ggf. noch keine Fahrerlaubnis haben oder altersbedingt nicht mehr fahren, auch die Berufspendler*innen durch ein entsprechendes Ticket zu unterstützen.

Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern sind nur so gut durch die Corona-Krise gekommen, weil wir ein **großes Hilfsprogramm von Bund und Ländern** hatten und vereinfachte Regelungen beim Kurzarbeitergeld flächendeckend Beschäftigung gesichert haben. Hieran gilt es anzuknüpfen. Entscheidend wichtig ist daher, dass der Bund mit den Ländern **erneut einen Rettungsschirm** für Unternehmen aufspannt, die unverschuldet in eine Notlage geraten sind und zudem dafür sorgt, dass die Stadtwerke auch angesichts möglicher Zahlungsausfälle und weiter steigender Energiekosten handlungs- und zahlungsfähig bleiben. Ein besonderes Augenmerk muss der Rettungsschirm auf die kleinsten und kleinen sowie landwirtschaftlichen Unternehmen legen, insbesondere solche, welche regionale Grundnahrungsmittel erzeugen, die erheblich unter den Energiepreisen leiden und aber unbedingt erhalten bleiben müssen. Dazu gehören insbesondere zum Beispiel Bäckereien, Fleischereien, Molkereien und Käsereien.

Für besonders von der Energiekrise betroffene Bürger*innen und Unternehmen werden wir in Regierungsverantwortung für MV nachrangig und ergänzend zu künftigen Bundeshilfen einen **Härtefallfonds** einrichten, der im Notfall finanzielle Abhilfe schaffen kann. Gerade auch jenen Mieter*innen, die zwar über eigene Einkünfte verfügen, aber die stark gestiegenen Energierechnungen aufgrund besonderer Härten zeitweilig tatsächlich nicht bezahlen können, darf im Sinne eines **Härtefall-Schutzes** nicht der Gas- oder Wasserhahn abgedreht oder der Strom abgeklemmt werden.

Die kommunalen Stadtwerke sind systemrelevante Teile der Energieversorgung für private Haushalte und unsere Unternehmen vor Ort. Sie gehören gemeinsam durch Bund und Länder genauso geschützt, wie große Energiehandelsunternehmen. In Ostdeutschland sind zudem die kommunalen Wohnungsunternehmen und Wohnungsgenossenschaften wichtige soziale

Stabilisatoren in unseren Städten und Gemeinden. Nicht selten sind sie mit ihren großen Wohnungsbeständen seit Jahrzehnten die wesentlichen Großabnehmer der Fernwärme. Gemeinsam mit den Stadtwerken vor Ort sorgt die **gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft** damit seit Jahrzehnten für eine Energiegewinnung aus der besonders effizienten und nachhaltigen Kraft-Wärme-Kopplung. Da auch an der **Fernwärme** die aktuelle Dynamik auf den Energiemärkten nicht vorübergeht, brauchen die Wohnungsunternehmen gleiche Unterstützungs- und Schutzmöglichkeiten. Sie sind es, die ihren Mieterinnen und Mieter auch in diesen herausfordernden Zeiten eine Heimstatt und vor allem eine gesicherte Energieversorgung in den Wohnungen ermöglichen werden. Genau wie die Energieversorgung und die Wohnungswirtschaft gehören auch **Krankenhäuser und Pflegeheime** zur notwendigen sozialen Infrastruktur vor Ort. Zumindest für diese Bereiche wollen wir im Bund – in Anlehnung an die Regelungen während der Pandemiegesetzgebung – ein Aussetzen der Insolvenzantragspflicht erreichen und erwarten von den Krankenkassen, dass gemeinsam mit den Pflegeeinrichtungs- und Klinikträgern schnelle und wirksame Lösungen für die eintretenden Ungleichgewichte in den Vergütungen bei sich dynamisch entwickelnden Energiepreisen gefunden werden. Wir brauchen die **Solidarität aller Verantwortlichen in dieser besonderen Situation!**

Wie schon während der Corona-Pandemie muss auch zur Bewältigung der landerübergreifenden Energiekrise von flexibleren Regelungen der Kreditaufnahme durch die staatlichen Haushalte Gebrauch gemacht werden können.

Wir akzeptieren nicht, dass die gesamte Bevölkerung, angefangen bei den Bürger*innen, über Kleinunternehmen und den Mittelstand bis hin zu Handwerkern und Speditionen steigende Energiekosten zu ertragen haben und einige wenige Konzerne in erheblichem Maße Krisengewinne kassieren. Wir **setzen uns weiterhin für einen wirksamen Ausgleich dieser Krisengewinne ein.**

A1

Antragsteller:in: AfA

SPD-Grundrentenkonzept weiterverfolgen

Der Landesparteitag der SPD Mecklenburg-Vorpommern spricht sich dafür aus, dass das ursprüngliche von Hubertus Heil erarbeitete Konzept für eine gerechte und würdevolle Grundrente beibehalten und deren Umsetzung schrittweise weiterverfolgt wird.

Die Bundestagsabgeordneten unseres Landesverbandes werden gebeten, sich dafür einzusetzen, dass dieses wichtige Thema als Beitrag zur Reduzierung von Altersarmut noch in dieser Legislaturperiode mit den Koalitionspartnern erörtert wird.

Der Landesvorstand wird beauftragt, in Abhängigkeit vom jeweiligen Sachstand einen entsprechenden Antrag zum nächsten ordentlichen Bundesparteitag einzureichen.

A2

Antragssteller:in: AfA

Tariföffnungsklausel zu Lasten der Beschäftigten bei der Altersvorsorge einschränken

Der Landesparteitag der SPD Mecklenburg-Vorpommern spricht sich dafür aus, dass der im Gesetz zur Verbesserung der Altersversorgung (BetrAvG) verankerte und seit 2022 eigentlich flächendeckend geltende Zuschuss eines Arbeitgebers bei freiwilligem Verzicht auf Lohn bzw. Gehalt zugunsten einer Altersversorgung allen Beschäftigten zugutekommen kann.

Die Bundestagsabgeordneten unseres Landesverbandes werden gebeten, sich dafür einzusetzen, dass dieses wichtige Thema als Beitrag zur Reduzierung von Altersarmut noch in dieser Legislaturperiode mit den Koalitionspartnern erörtert wird.

Der Landesvorstand wird beauftragt, in Abhängigkeit vom jeweiligen Sachstand einen entsprechenden Antrag zum nächsten ordentlichen Bundesparteitag einzureichen.

A3

Antragsteller:in: OV Gadebusch

Tarifbindung bei Projektförderung des Landes Mecklenburg-Vorpommern konsequent umsetzen!

Bei der Planung des nächsten Doppelhaushalts des Landes M-V werden die Landtagsfraktion und die Landesregierung dazu aufgefordert alle Fördertöpfe darauf zu überprüfen, ob unser eigener Anspruch auf die Bezahlung der Mitarbeitenden erfüllt wird. Projekte, in denen die Mitarbeitenden keine tarifähnlichen Gehälter erhalten, sollen mittelfristig nicht mehr gefördert werden. Projekte, bei denen das Land 80 % oder mehr der Personalkosten fördert, werden zukünftig so ausgestattet, dass die Mitarbeitenden im Bestand nach Tarif bezahlt werden können

A4

Antragsteller:in: OV Bützow

Wie im Koalitionsvertrag 2021 – 2026 vereinbart, setzen wir die finanzielle Förderung der im Bundesland tätigen Beschäftigungsgesellschaften um.

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Die Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion werden beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die für die Koalitionsvereinbarung 2021 – 2026 für die Bildung einer Koalitionsregierung abgestimmte finanzielle Unterstützung der Beschäftigungsgesellschaften, vgl. Zeilen 547 – 550, umgesetzt wird.

Überweisung an den Landesvorstand

B1

Antragsteller:in: KV Rostock & AfB

Klassenzimmer sind keine Sardinienbüchsen

Der Landesparteitag hat beschlossen, dass

- der Richtwert von 2,5 m² je Schüler:innenarbeitsplatz in allgemeinen Unterrichtsräumen bei der Planung von Schulerweiterungs- und Schulneubauten konsequent durch den Schulträger durchgesetzt wird,
- der derzeitige Richtwert von 1,9 m² je Schüler:innenarbeitsplatz in Bestandsschulbauten schrittweise auf mind. 2,5 m² je Schülerarbeitsplatz erhöht wird,
- der pro Schüler:in zur Verfügung stehende Raumfaktor konsequent durch den Schulträger durchgesetzt wird, bei bestehenden Überschreitungen durch das Absenken des Klassenteilers,
- bei der Umsetzung des zur Verfügung stehenden Raumfaktors pro Schüler:in im Primärbereich konsequent die Bedarfe der Hortversorgung in Schulgebäuden zu berücksichtigen sind.

B2

Antragsteller:in: KV Rostock

Innereuropäischen Austausch für Auszubildende aus MV im Rahmen Erasmus+ intensivieren

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern spricht sich dafür aus, den Anteil von Auszubildenden aus Mecklenburg-Vorpommern im innereuropäischen Austausch im Rahmen des Erasmus+-Programms der Europäischen Union zu erhöhen. Dazu fordern wir die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-geführte Landesregierung auf:

- eine Evaluation der bisherigen staatlich initiierten oder kooperierten Maßnahmen, durch die die Bekanntheit zur Möglichkeit eines Auslandsaufenthalts im Rahmen der Ausbildung steigt, durchzuführen;
- einen daran anschließenden Maßnahmenplan zur Steigerung dieser Bekanntheit und der Frequentierung des Programms, um kurzfristig die Unterrepräsentanz der Mecklenburg-Vorpommerschen Auszubildenden unter allen Azubis innerhalb Deutschlands, die das Programm in Anspruch nehmen, zu beseitigen und langfristig den Anteil Auszubildender aus MV über die 1,4 % aller Auszubildender in der Bundesrepublik zu steigern, die im Jahr 2018 in Mecklenburg-Vorpommern ihre Ausbildung absolvierten.

Als mögliche Partner:innen sind neben den Berufsschulen auch die drei IHKs des Landes – Neubrandenburg, Rostock und Schwerin – und die Handwerkskammern Schwerin und Ostmecklenburg-Vorpommern in Betracht zu ziehen.

B3

Antragsteller:in: KV Rostock

Den Lehrerberuf attraktiver machen, halbe Stunden verbieten!

Die SPD setzt sich im Land Mecklenburg-Vorpommern dafür ein, dass die „halben Stunden“ zum nächstmöglichen Schuljahreswechsel aus sämtlichen schulorganisatorischen Plänen entfernt werden und für die Zukunft gesetzlich verboten sind.

Überweisung an Landtagsfraktion (AK Bildung)

B4

Antragsteller:in: KV Rostock

Lernmittelkostenbeiträge abschaffen!

Die Sozialdemokratie setzt sich entschieden für ein kostenloses Bildungssystem von der Kita bis zum Meisterbrief oder Hochschulabschluss ein. Gleichzeitig fordern wir eine möglichst unbürokratische und kosteneffiziente Verwaltung öffentlicher Mittel. Ferner streben wir eine möglichst vollständige Entlastung der Lehrkräfte an unseren Schulen von Verwaltungstätigkeiten an.

Aus diesen Gründen fordern wir die SPD-geführte Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion auf

- 1) die Lernmittelkostenbeiträge gemäß § 54, Abs. 2, Satz 3 Schulgesetz abzuschaffen,

- 2) die den Kommunen dadurch entstehenden Mindereinnahmen durch eine entsprechende Erhöhung der Zuweisung zur Lernmittelfreiheit gemäß § 54, Abs. 3 Schulgesetz auszugleichen,
- 3) diese seit 1997 nicht mehr angepasste Summe gemäß der Teuerungsrate in den letzten 25 Jahren zu erhöhen und für die Folgejahre zu dynamisieren.

B5

Antragsteller:in: KV Vorpommern-Greifswald

Rückkehr zu G9

Der Landesparteitag möge beschließen: Die SPD-MV fordert eine Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren ab dem Schuljahr 2025/26.

Überweisung an den Landesvorstand

B6

Antragsteller:in: AfA

Abendgymnasien für alle Schulabschlüsse öffnen

Der LPT der SPD M-V spricht sich dafür aus, dass zukünftig alle bisherigen Angebote für Schulabschlüsse an Abendgymnasien und Volkshochschulen so angeboten werden, dass ein Zugang für möglichst viele Interessierte flexibel realisiert werden kann. Der Lehrkräftebedarf wird bei den Personalplanungen des Bildungsministeriums für den Schulbereich berücksichtigt. Lehrkräfte sollen auf dem Niveau des TV-L vergleichbar zur Bezahlung im Regelschulsystem vergütet werden. Dies soll als Honorarlehrkraft oder in Form einer Festanstellung möglich sein.

Überweisung an Landtagsfraktion (AK Bildung)

Antragsteller:in: AfB

Berechnungsgrundlage für landesweit einheitliche Mindestpersonalschlüssel für Kitas

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern wird sich dafür einsetzen, dass die Berechnungsgrundlage für landesweit einheitliche Mindestpersonalschlüssel (Zahl des Personals/ Stellenanteile) für Kitas insbesondere folgende Vorgaben des KiföG M-V und der Bildungskonzeption (Biko) berücksichtigt:

- Rechtsanspruch des Kindes auf Förderung in Krippe und Kindergarten im Umfang von 50 Stunden/Woche (Ganztagsförderung), § 7 Abs. 3 Satz 1 KiföG M-V
- mindestens 10 Stunden Öffnungszeit bei einer Ganztagsförderung, § 7 Abs. 3 Satz 2 KiföG M-V
- zur Gewährleistung einer kontinuierlichen Entwicklungsförderung sollen pädagogische Fachkräfte grundsätzlich nicht unter 5 Stunden täglich in der Gruppe, zzgl. Zeiten für die mittelbare pädagogische Arbeit beschäftigt werden, § 14 Abs. 5 KiföG M-V
- individuelle Förderung unter Berücksichtigung sozialer und sozialräumlicher Gegebenheiten, § 1 Abs. 2 Satz 2, § 14 Abs. 2 und § 9 KiföG M-V
- Eingewöhnung, Biko, Gestaltung des Übergangs, S. 7
- Fachkraft-Kind-Verhältnisse für die unmittelbare pädagogische Arbeit, § 14 Abs. 1 und 2 KiföG M-V
- Mittelbare pädagogische Arbeit in der Kinderkrippe und im Hort pro pädagogischer Fachkraft (statt pro VZÄ wie im Kindergarten), § 14 Abs. 3 und 4 KiföG M-V sowie Stellungnahme des Sozialministeriums M-V vom 02.04.2014
- Freistellung der Leitung und stellv. Leitung als ständige Vertretung, § 15 Abs. 2 KiföG M-V und Protokollnotiz Nr. 4 TVöD Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) 2015
- Kontinuierliche Qualitätsentwicklung und -sicherung, § 12 KiföG M-V
- Supervision, Biko, Standards für die Arbeit der Fach- und Praxisberatung, S. 2 und 5
- Anspruch des Kindes auf Förderung im Hort in der Regel bis zu 6 Stunden täglich außerhalb der Unterrichtszeiten (Ganztagsförderung) und bis zu 10 Stunden täglich während der Schulferien, § 7 Abs. 5 KiföG M-V
- Fort- und Weiterbildung 5 Tage/Jahr/päd. Fachkraft, § 17 Abs. 2 Satz 3 KiföG M-V

Des Weiteren werden insbesondere folgende Bemessungsbestandteile (anteilig) berücksichtigt:

- pauschal 10 % Verteilzeiten, z.B. für Gespräche mit dem Betriebsrat, dem Vorgesetzten, arbeitsmedizinische Untersuchungen, Handbuch für Organisationsuntersuchungen und Personalbedarfsermittlung, Bundesministerium des Innern/Bundesverwaltungsamt, S. 143 ff (152)
- Kinderkrankentage, SGB V
- Kuren (Vorsorge-, Reha-, Mutter/Vater-Kind), SGB V
- Pflegezeiten, PflegeZG

- Bildungsurlaub, Gesetz zur Freistellung für Weiterbildungen für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Bildungsfreistellungsgesetz - BfG M-V)

Ziel muss es sein die Arbeitsbedingungen für Erzieher:innen zu verbessern und allen Kindern die Erziehung in Kindertagesstätten zu ermöglichen.

B8

Antragsteller:in: AfB

Deutsch als Zweitsprache

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Die SPD-Mitglieder in der Landesregierung werden aufgefordert, die Einführung eines Rahmenplans „Deutsch als Zweitsprache“ sowie die Aufnahme von „Deutsch als Zweitsprache“ in die Ausbildung der Lehrkräfte an den Universitäten und im Referendariat als Teil der schulischen Bildung von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache zu realisieren.

Überweisung an Landtagsfraktion

B9

Antragsteller:in: AfB

Rechtsverordnung für die Früherkennung und Frühförderung gem. § 46 Abs. 6 SGB IX

Der Landesparteitag geht davon aus, dass eine Landesrahmenvereinbarung nicht mehr einvernehmlich zustande kommen wird, deshalb werden die zuständigen sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung gebeten, die für eine gemäß § 46 Abs. 6 SGB IX für die Früherkennung und Frühförderung erforderliche Regelung durch Rechtsverordnung notwendige Schritte einzuleiten.

B10

Antragsteller:in: AfB

Schulfahrten Gedenkstätten

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Die SPD-Mitglieder in der Landesregierung und der Landtags- sowie der Bundestagsfraktion werden aufgefordert, die Möglichkeiten für Schulfahrten zu KZ-Gedenkstätten sowie zu Gedenkstätten und -orten für Opfer der jüngeren deutschen Geschichte auszubauen.

B11

Antragsteller:in: AfB

Inklusive Förderung in Kindertageseinrichtungen

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern wird sich – unter Einbeziehung aktueller wissenschaftliche Erkenntnisse – dafür einsetzen, dass

1. für die individuelle Förderung unter Berücksichtigung sozialer und sozialräumlicher Gegebenheiten im ersten Schritt eine zusätzliche pädagogische Fachkraft (§ 2 Abs. 7 KiföG MV) oder Assistentkraft (§ 2 Abs. 8 KiföG M-V) in Vollzeitäquivalente (40 Wochenstunden)
 - in der Kinderkrippe für je 18 Kinder (1:18) bemessen wird, was einem Faktor von rund 0,44 Stunden pro Kind pro Tag entspricht,
 - im Kindergarten für je 30 Kinder (1:30) bemessen wird, was einem Faktor von rund 0,27 Stunden pro Kind pro Tag entspricht,
 - im Hort für je 44 Kinder (1:44) bemessen wird, was einem Faktor von rund 0,18 Stunden pro Kind pro Tag entspricht und
2. für die intensivpädagogische individuelle Förderung unter Berücksichtigung sozialer und sozialräumlicher Gegebenheiten eine zusätzliche pädagogische Fachkraft (§ 2 Abs. 7 KiföG M-V) in Vollzeitäquivalente (40 Wochenstunden)
 - in der Kinderkrippe für je 3 Kinder (1:3) bemessen wird, was einem Faktor von rund 2,67 Stunden pro Kind pro Tag entspricht,
 - im Kindergarten für je 7 Kinder (1:7) bemessen wird, was einem Faktor von rund 1,14 Stunden pro Kind pro Tag entspricht,
 - im Hort für je 11 Kinder (1:11) bemessen wird, was einem Faktor von rund 0,73 Stunden pro Kind pro Tag entspricht.

B12

Antragsteller:in: AfB

Durchgängige Politische Bildung in der Schule

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Die SPD M-V wird sich dafür einsetzen, dass durchgängig Fachunterricht in politischer Bildung in der Schule ab der 5. Klasse erfolgt.

B13

Antragssteller: AfB

Sprach-Kitas retten – Keine Kürzungen bei der Sprecharbeit der Kitas

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern kritisiert den geplanten Wegfall des Bundesprogramms „SprachKitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ und bittet die SPD-Bundestagsfraktion, insbesondere die Landesgruppe Ost, sich gegen die Kürzung und für den Erhalt der Sprach-Kitas einzusetzen.

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern bittet den SPD-Parteivorstand um Unterstützung für den Erhalt der Sprach-Kitas. Die SPD Mecklenburg-Vorpommern wird an den Parteivorstand und für den Parteikonvent im November einen entsprechenden Antrag vorbereiten und einreichen.

B14

Antragsteller:in: AfB

Auftrag: Gemeinschaftsschulen entwickeln!

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Die SPD M-V steht für eine Schule für alle Kinder und Jugendlichen, die unabhängig von ihren Lernvoraussetzungen und familiären, sozialen und ökonomischen Bedingungen von der 1. Klasse bis zum höchstmöglichen Abschluss gemeinsam lernen.

Die SPD M-V wird dafür in den kommenden Jahren alle möglichen Schritte gehen und vorantreiben, um die baulichen, sächlichen, rechtlichen, konzeptionellen und personellen Voraussetzungen zu schaffen.

B15

Antragsteller:in: AfB

Hochwertigen Seiteneinstieg in den Schuldienst absichern/entwickeln!

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Die SPD M-V steht zum Weg eines hochwertigen Seiteneinstiegs in den Schuldienst, bei dem den Hochschulen eine besondere Bedeutung in der Nachqualifizierung zukommt. SPD-Mitglieder in Regierung und Parlament werden aufgefordert, gemeinsam mit den Hochschulen Vereinbarungen zum berufsbegleitenden Studium zu treffen, die möglichst schnell, qualitativ vergleichbar zur Regelausbildung und passend zur Arbeit in der Schule zu einer angemessenen pädagogischen Professionalität führen.

B16

Antragsteller:in: AfB

Lehramtsstudium reformieren – gute Schule für alle ermöglichen!

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Die SPD wird sich bei der anstehenden Reform des Lehramtsstudiums in M-V dafür einsetzen, dass

1. ein schulstufenbezogenes Lehramtsstudium für die Sekundarstufe I/II eingeführt wird.
2. ein sonderpädagogisch-inklusionspädagogisches Hauptfach in allen Regellehrkräften alternativ zum reinen Studium eines Unterrichtsfaches etabliert wird.
3. die Anteile der Fachdidaktik und Bildungswissenschaften erhöht werden.

B17

Antragsteller:in: AfB

Corona-Folgen minimieren!

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Zur Minderung der bildungsbezogenen Folgen der Pandemie werden die Mitglieder der SPD M-V in der Landesregierung und Landtag und Bundestag aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass

1. im 1. Halbjahr des Schuljahres 2022/2023 eine Analyse des Lernstandes aller Schüler:innen mit etablierten und vergleichbaren Instrumenten durchgeführt wird und überall dort, wo diese nicht vorliegen, Expert:innen aus Wissenschaft und Praxis zur Entwicklung solcher hinzugezogen werden,

2. Ressourcen für langfristig angelegte Maßnahmen bereitgestellt werden, die individuelles Lernen in Schulen ausgehend vom individuellen Lernstand ermöglichen,
3. kurzfristig Ressourcen für ein vorgezogenes Einstellungsprogramm für Pädagog:innen bereitgestellt werden,
4. die Rahmenpläne/Bildungsziele aller Schularten und Abschlüsse dahingehend überprüft werden, ob sie ausreichend kompetenz- und zukunftsorientiert sind.

B18

Antragsteller:in: AfB

Modellschulen

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Zur Erprobung und Weiterentwicklung von Schule, Unterricht und Professionalität der Pädagog:innen ernennt das Land in Mecklenburg und Vorpommern je eine Modellschule, die besondere rechtliche, inhaltliche und personelle Möglichkeiten erhält, um innovative Bildungskonzepte zu erproben und für andere Schulen nutzbar zu machen. Deren Arbeit wird wissenschaftlich begleitet.

Überweisung an Landtagsfraktion

B19

Antragsteller:in: AfB

Gute Arbeit an den Hochschulen in M-V voranbringen!

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Die SPD M-V steht zum Ziel guter Arbeitsbedingungen an den Hochschulen. SPD-Mitglieder in Regierung und Parlament werden aufgefordert, gemeinsam mit den Hochschulen, Personalräten und Gewerkschaften Maßnahmen zu entwickeln, die in den kommenden Jahren datenbasiert und tragfähig Erfolge bringen. Im ersten Schritt fordert der Landesparteitag, eine landesweite Evaluation der Personalsituation in den Hochschulen als Grundlage weiterer Beratungen zu erstellen.

Überweisung an Landtagsfraktion

Antragsteller:in: Jusos MV

Digitales Durcheinander: Nein danke! - Bildungsföderalismus weiter entwickeln

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Die Covid19-Pandemie hat bestehende Schwächen des Bildungssystems und der Infrastruktur im gesamten Bundesgebiet aufgezeigt und verstärkt. Unter Zeitnot und ohne verlässlich einheitliche Linie der Bundespolitik oder der Kultusminister:innenkonferenz für die inhaltliche Ausgestaltung oder Anforderungen waren alle Bundesländer bemüht, schnellstmöglich ihre vormaligen Ambitionen, digitale Angebote für den Schul- und Universitätsbetrieb aufzubauen, enorm zu beschleunigen.

Im Streit über Zuständigkeiten über die Hoheit und inhaltliche Gestaltung konnte sich lediglich über ein Finanzierungskonzept mit Hilfe des sog. „DigitalPakt Schule“ geeinigt werden. Von den insgesamt 99,2 Millionen Euro, die für das Land Mecklenburg-Vorpommern bereitgestellt wurden, sind etwa 3 Millionen Euro für den Aufbau einer digitalen Schule bis zum Jahr 2025 vorgesehen. Neben digitalen Verwaltungssystemen wie ISY M-V und dem Aufbau von Materialpools wurde ab Mitte März 2020 die Plattform „itslearning“ insbesondere als Förderungsmaßnahme für den Distanzunterricht bereitgestellt.

Deren Nutzung ist für öffentliche Schulen zwar kostenlos und freiwillig, wird aber trotz der Bestrebungen, „itslearning“ als landesweite Plattform zu etablieren, nicht einheitlich von allen Bildungseinrichtungen Mecklenburg-Vorpommerns, wie zum Beispiel an den landeseigenen Universitäten genutzt. Das Ergebnis ist ein bundesweiter Flickenteppich für Nutzung von Cloudplattformen, der sich abhängig von den Lizenzlaufzeiten teilweise auch innerhalb der Bundesländer fortsetzt. Diese faktische Verfestigung bestehender Disparitäten in der Bildungslandschaft gilt es zunächst anzuerkennen und als Chance zu begreifen. Daher fordern wir:

1. Die bestehenden Fristen über die Nutzung von digitalen Plattformen für Bildungseinrichtungen ist als Phase eines Ideenwettbewerbes anzusehen, dessen Erfahrungswerte bundeseinheitlich erfasst, ausgewertet und durch die Kultusminister:innenkonferenz evaluiert werden.
2. Diese Evaluation soll auf Grundlage der Kriterien von Datenschutz und tatsächlicher Förderung von Lernprozessen erfolgen. Online-Unterricht und -angebote müssen dabei als eine Bereicherung und Erweiterung, nicht aber als Ersatz für Präsenzveranstaltungen verstanden werden.
3. Eine Einigung über einen bundeseinheitlichen Anforderungskatalog für eine Online-Lernplattform, ein digitales aber auch das modellhafte physische Klassenzimmer soll angestrebt werden, die die vorteilhaften Erfahrungen aus der Evaluation aufgreift und mit Blick auf praktische Umsetzbarkeit in Bildungsbetrieben als verbindliche Vorgaben für die Zeit nach dem Auslaufen der Lizenzen definiert.
4. Betroffene Statusgruppen, namentlich Verbände von Schüler:innen, Auszubildenden, Studierenden, Eltern, Lehrkräften, öffentlicher Verwaltung und Didaktik, sowie die Gewerkschaften sind in den Prozess der inhaltlichen Gestaltung und Erstellung eines Stufenplans zur Umsetzung miteinzubeziehen.
5. Die Freiheit der Lehre und ihrer Inhalte mit Hinblick auf regionale Schwerpunkte muss unangetastet bleiben. Die Erstellung einheitlicher Standards zielt auf den Abbau von bestehenden Barrieren ab. Digitale Strukturen, wie eine einheitliche Online-Lernplattform und die dazu nötige Breitbandausstattung in den Ländern soll als Teil der öffentlichen Grundversorgung anerkannt werden.

B21

Antragsteller:in: Jusos MV

Diskriminierungssensible Lehrkräftebildung umsetzen

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Wir fordern die Landesregierung und die Landtagsfraktion und die lehrkräftebildenden Hochschulen dazu auf, Lehrveranstaltungen zur Erkennung von und zum Umgang mit Diskriminierung im schulischen Kontext als verpflichtenden Bestandteil in die Studienordnungen für alle Lehramtsstudiengänge aufzunehmen.

Diese Lehrveranstaltungen sollen zur Reflexion eigener Denk- und Handlungsweisen anregen, die unterschiedlichen Diskriminierungsformen hinsichtlich ihrer Ursprünge und ihren Anzeichen im schulischen Kontext untersuchen, den Sinn und die Umsetzung des Einsatzes diskriminierungssensibler Sprache lehramtsspezifisch thematisieren, zur Nutzung und Gestaltung diskriminierungsarmer Materialien anleiten und Anregungen zur Einbettung des Themas „Umgang mit Diskriminierung“ in den eigenen Unterricht und die Schulkultur geben.

B22

Antragsteller:in: Jusos MV

Gerechte Finanzierung staatlicher Schulen

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Staatliche Schulen werden derzeit aus verschiedenen Haushalten finanziert. Während Gymnasien durch den Landkreis getragen werden, werden durch die Gemeinden finanziert. Daher brauchen wir eine gerechte finanzielle Förderung aller Schulformen, welche diese Diskrepanzen unterbinden soll. Oberstes Ziel bleibt dabei die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems. Durch die ungerechte Finanzierung entstehen besonders an Regionalschulen schlechte Bedingungen. Dabei sind es nicht nur marode Schulgebäude oder fehlende digitale Endgeräte, sondern auch Lehrkräftemangel, welcher aus diesen Umständen resultiert. Oftmals sind diese Rahmenbedingungen dafür entscheidend, welche Schule die Schüler:innen besuchen. Auf Grund dessen entscheiden sich Schüler:innen häufig für die besser finanzierten Gymnasien. Eine Anpassung kann folglich zu gleichen Rahmenbedingungen und Zuständen führen, welche dabei die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems vereinfacht.

Überweisung an die Landtagsfraktion (AK Innen)

E3

Antragsteller:in: Landesvorstand SPD MV

Akzeptanz der Erneuerbaren Energien durch neue Beteiligungsmöglichkeiten weiter stärken

Die Zielstellung ist, dass in einem neuen Marktrahmen die Mitglieder von Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften Energy-Sharing praktizieren und ihren gemeinschaftlich erzeugten Ökostrom über das regionale Verteilnetz zu vergünstigten Konditionen selbst nutzen.

Der Landesparteitag fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung und die SPD-Fraktion im Landtag auf, im Zusammenwirken mit den kommunalen Spitzenverbänden sowie Genossenschaftsverbänden die Einrichtung eines landesweiten Netzwerks von Energiegenossenschaften zu initiieren und eine Einbindung von Kommunen zu fördern.

Entsprechend muss im Vorfeld geprüft werden, ob es für die Förderung der Kooperation von Gemeinden und Bürger:innen im Bereich der Erneuerbaren Änderungen der Kommunalverfassung M-V bedarf.

E4

Antragsteller:in: KV Vorpommern-Greifswald

Unmittelbare Förderung der Teilhabe an der Energiewende

Das Land Mecklenburg-Vorpommern ergreift erweiterte Maßnahmen zur unmittelbaren Förderung der Teilhabe ihrer Bürger:innen an der Energiewende. Die Maßnahmen sollen die Chancen der Energiewende für alle Bevölkerungsschichten weiter öffnen. Sie bestehen aus bewährten Instrumenten der genossenschaftlichen Beteiligung erweitert mit dem Zusammenspiel mit der öffentlichen Hand sowie Wegen zur Nutznießung und Vergünstigung lokal erzeugter Energie. Die Maßnahmen werden schnellstmöglich durchgeführt und sie werden öffentlich kommuniziert, um die Akzeptanz der Energiewende zu erhöhen.

Die Energiewende bietet die Chance zur solidarischen Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen in lokale Wertschöpfungsketten und Synergien aus dem gemeinsamen Handeln der öffentlichen Hand und Bürgerinnen und Bürgern in MV zu nutzen.

Im Einzelnen werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Das Land Mecklenburg-Vorpommern beteiligt sich unterstützend und als Mitglied einer landesweiten Energiegenossenschaft deren Ziel die Erzeugung, Nutzung von und dem Wirtschaften mit erneuerbaren Energien hat. Insbesondere werden die Nutzungen landeseigener Flächen ermöglicht unter der Maßgabe, dass eine genossenschaftliche Förderung aller Mitglieder (also auch des Landes) erfolgt. Diese Landesenergie-Genossenschaft MV öffnet sich niederschwellig für alle Bürger und ermöglicht die Beteiligung von Einwohnern in MV durch den Erwerb von Anteilen. Die Landesenergie-Genossenschaft MV soll auch Möglichkeiten zum Vermögensaufbau (z.B. als Modell für die betriebliche Altersvorsorge sowie vergünstigten Energiebezug für ihre Mitleiter:innen und Mitglieder eröffnen. Der Anteil der Landesenergie-Genossenschaft MV soll 20% des Aufwuchses erneuerbarer Energien in MV betragen.

· Das Land Mecklenburg-Vorpommern fördert die Gründung von lokalen (d.h. in der Regel beschränkt auf das Gebiet von Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern) Genossenschaften zur wirtschaftlichen Förderung ihrer Mitglieder durch Wirtschaft auf dem Gebiet erneuerbarer Energie (Kommunale Energiegenossenschaften). Insbesondere wird die Kooperation von Gemeinden und Bürgern gefördert. Dies wird durch die Erweiterung bestehende Förderinstrumente für Kommunen auf diese gemeinsamen Bürger-Genossenschaften mit kommunaler Beteiligung erfolgen. Eine Förderfähigkeit von diesen kommunalen Genossenschaften soll durch Satzungsprüfung nach noch festzulegenden, rechtsicheren Kriterien erfolgen. Hier sind die Anteilsgrößen, Anteilsmengen, Aufsichtsratsbeteiligung etc. auf ihren Nutzen zur Bürgerbeteiligung zu prüfen. Insbesondere sollen keine Ungleichgewichte der Genossenschaftler entstehen (daher wird eine Begrenzung von Anteilen auf zB maximal 100.000 € vorgeschlagen). Der besonderen Rolle von kommunalen Genossenschaftsmitgliedern kann durch eine Vertretungsoption in den genossenschaftlichen Aufsichtsräten Sorge getragen werden. Damit soll ein gemäß §69 Nr. 4 KV MV notwendiger Einfluss der Gemeinden sichergestellt werden bzw. muss entsprechend angepasst werden.

· Weiterhin erweitert das Land Mecklenburg-Vorpommern das Aufgabengebiet der Landesenergie- und Klimaschutzagentur (LEKA MV) auch unterstützend für die vorgeschlagenen kommunalen Bürger-Energie-Genossenschaften zu wirken. Dies geschieht um Synergieeffekte (zB bei der Beratung zur Gründung von Genossenschaften und Satzungsberatung zur Gewährleistung der Förderfähigkeiten) zu nutzen, die Beteiligung zum Beispiel an der Landesenergiegenossenschaft MV zu befördern sowie Unterstützung zur rechtssicheren Gründung von kommunalen Energiegenossenschaften zu gewährleisten. Weiterhin sollen auch die Maßnahmen zur Außenwirkung gebündelt werden, um eine transparente und gute Kommunikation der ergriffenen Maßnahmen zu gewährleisten, um so die Akzeptanz der Energiewende zu erhöhen. Die LEKA wird entsprechend verstetigt und erweitert und erhält das Mandat zur Beratung von Bürgerenergiegenossenschaften, die keine kommunale Beteiligung vorsehen.

· Zur Öffnung von existierenden Anlagen für genossenschaftliche Beteiligungen wird ein Gesetz erlassen, dass die Genehmigung von Repowering bestehender Anlagen bei genossenschaftlicher Beteiligung bevorzugt (mit Beteiligungsbegrenzung wie im Bürgerbeteiligungsgesetz, jedoch maximal 20%). Die Beteiligungsbegrenzung wie im Gesetz zur Bürgerbeteiligung wird aufgehoben. Eine Beteiligung von kommunalen Energiegenossenschaften wird ermöglicht.

· Das Land Mecklenburg-Vorpommern entwickelt geeignete Instrumente, um insbesondere die Potentiale tiefer und Oberflächen-Geothermie im Rahmen von kommunalen Energiegenossenschaften zu fördern. Ziel ist es, weitgehende Autarkie von Gemeinden im ländlichen Raum und lokale Quartierslösungen im Bereich der häuslichen Versorgung mit Wärme und Kälte zu erreichen.

· Das Land Mecklenburg-Vorpommern erlässt Anordnungen zur Vereinfachung der Beantragung von Mieterstrommodellen. Insbesondere setzt sich das Land beim Bund dafür ein, dass eine Reduktion der Netzentgelte erfolgt, die für die Reduktion von Energiepreisen von Mietern eingesetzt wird. Eine vollständige Abschaffung der Netzentgelte für Mieterstrom soll nicht betrieben werden, um eine solidarische Instandhaltung kritischer Infrastruktur zu gewährleisten, jedoch soll die tatsächliche physikalische Netzentlastung durch eine Reduktion der Netzentgelte von mindestens 75% in die Netzentgeltberechnung eingehen.

Überweisung an Landtagsfraktion

E5

Antragsteller:in: KV Nordwestmecklenburg-Wismar

Ausbau von Photovoltaikanlagen auf privaten Hausdächern

Der Landesparteitag fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung auf, im Neubau die Nutzung solarer Energie (Photovoltaik oder Solarthermie) auf Dach- und/oder Fassadenflächen zwingend vorzuschreiben! Auf die Verwendung von Dachflächen zur Solarenergienutzung darf verzichtet werden, wenn das jeweilige Dach vollständig begrünt ist und alternative Potentiale der Nutzung von Fassadenflächen, Nebengebäuden oder Freiflächen entsprechend gehoben werden. Für versiegelte Flächen (bspw. Parkplätze) ist die Nutzung mindestens eines Teils der Fläche für die PV-Nutzung vorzusehen. Entsprechende Regelungen sollen im Klimaschutzgesetz des Landes Berücksichtigung finden. Für Bestandsgebäude und -flächen sind Anreizprogramme zu entwickeln, die Nachrüstung anzuregen.

Überweisung an Landtagsfraktion (AK Umwelt)

E6

Antragsteller:in: KV Nordwestmecklenburg-Wismar

Schluss mit der Versteuerung von selbsterzeugtem Photovoltaikstrom auf den Anteil von eigenem Strom

Der Landesparteitag fordert die Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, die Besteuerung des Eigenbedarfs von Strom aus Photovoltaikanlagen mit einer Leistung bis zu 15 kW_{peak} von der Steuer freizustellen.

E7

Antragsteller:in: OV Schwerin Südstadt

Strategien und Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung im Land und in den Kommunen entwickeln und durchführen

Ziel des zu erarbeitenden Landesklimaschutzgesetzes muss es auch sein, Strategien für Mecklenburg-Vorpommern zu entwickeln, um die negativen Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen sowie Maßnahmen zur Anpassung an die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels festzulegen. Insbesondere gilt es, drohende Schäden zu verhindern, die Versorgungs- und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, die Klimaresilienz zu steigern sowie zu den nationalen und internationalen Anstrengungen bei der Klimaanpassung beizutragen.

Zu diesem Zweck müssen die begonnenen Maßnahmen der Landesregierung zur Klimafolgenanpassung insbesondere in den Bereichen des Hochwasserschutzes, des Waldumbaus und der Renaturierung von geeigneten Moorflächen in dieser Legislaturperiode forciert werden. Die Landesregierung entwickelt bis zum Jahr 2025 eine Strategie zur Anpassung an den Klimawandel mit weiteren Maßnahmen in allen betroffenen Bereichen.

Auch die Kommunen des Landes müssen den Herausforderungen des Klimawandels begegnen, indem sie auf der Grundlage von landesweit einheitlichen Standards kommunale Klimafolgenanpassungspläne aufstellen und diese dann umsetzen. Hierzu bedürfen Sie jedoch der Unterstützung durch die Landesregierung. Dafür wird beim Land ein Kompetenzzentrum für Klimawandel und Klimafolgenanpassung eingerichtet, das insbesondere folgende Aufgaben wahrnehmen soll:

1. Durchführung eines Monitorings zur dauerhaften Beobachtung des Klimawandels, dessen Folgen und zur Evaluierung der Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung im Land,
2. Bereitstellung von Klimadaten und anderen wissenschaftlichen Informationen zur Bewertung des Klimawandels und dessen Folgen sowie zur Entwicklung von Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung,
3. Anwendung und Bewertung regionaler Klimamodelle,
4. Beratung und Unterstützung von Landesbehörden, kommunalen Gebietskörperschaften und anderen Einrichtungen.

Überweisung an Landtagsfraktion (AK Umwelt)

E8

Antragsteller:in: KV Rostock

Schluss mit Sackgassen! Pfandsystem sozial und ökologisch gestalten

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern setzt sich dafür ein, dass das deutsche Pfandsystem bis 2025 umstrukturiert wird. Diese bundesdeutsche Gesetzgebung sollte durch Verhandlungen über ein einheitliches gesamteuropäisches Pfandsystem ergänzt werden.

Die Zielvorstellung beinhaltet dabei folgende Punkte:

1. Vereinheitlichung bestehender nationaler Pfandsysteme und Etablierung eines europäischen Pfandsystems
2. europaweite gesetzliche Verankerung eines Mehrwegsystem, Verbot von Einwegpfandgebinden
3. Schaffung europaweit einheitlicher Gebindetypen mit den grundsätzlichen Zielstellungen Langlebigkeit, geringe Masse, Ressourceneffizienz sowie „ein Inhalt - ein Gebindetyp“
4. Aufnahme von Mehrwegverpackungen von möglichst vielen Nahrungs- und Genussmitteln (Säften, Öle, Molkereiprodukten, alkoholische Getränke usw.) in die Pfandpflicht soweit technisch möglich.

Antragsteller:in: Landesvorstand SPD MV

Stark vor Ort – Perspektive 2024

Die lebendigen Städte und rund 6.000 Dörfer bieten den Menschen in MV ein gutes Zuhause. Es sind die Einwohnerinnen und Einwohner, die durch ihr Engagement die örtliche Gemeinschaft und das Miteinander lebenswert machen und ihre Kommunen gestalten und entwickeln.

Die Aufgaben für das Gemeinwohl sind hierbei so vielfältig wie das Leben selbst: Beginnend bei der Sicherstellung eines guten Angebotes an Kitas und Schulen, einer hochwertigen Versorgung mit Pflege- und Gesundheitsleistungen und leistungsfähigen Feuerwehren über die Schaffung guter Rahmenbedingungen für Kultur, soziale Teilhabe und Sport bis hin zu handfesten Fragen der bezahlbaren Versorgung mit Wasser, Wärme und Strom, gutem Wohnen, ÖPNV und vielem mehr.

Bei den Kommunalwahlen 2024 werden in MV in Städten, Gemeinden, Kreisen und kreisfreien Städten viele tausend kommunalpolitische Mandate gewählt. Diese ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und -politiker bilden die Basis des öffentlichen Lebens in MV. Allen, die sich für das gute Leben vor Ort, die Gemeinschaft und die Demokratie einsetzen, gilt unser ausdrücklicher Dank.

Als Sozialdemokrat:innen in MV stehen wir für starke, erfolgreiche, zukunftsfähige und vor allem bürgerfreundliche Kommunen. Wir wollen heute wie morgen auch in der kommunalen Familie Verantwortung übernehmen und zudem dafür sorgen, dass die politischen Ebenen bestmöglich zum Wohle der Menschen zusammenarbeiten. Das gilt für den Bundestag und den Landtag sowie für die Gemeindevertretung und den Kreistag gleichermaßen, das gilt für das Bundeskanzleramt und die Staatskanzlei und ganz genauso für das Landratsamt und das örtliche Rathaus. Die Voraussetzungen für diese Zusammenarbeit sind aus sozialdemokratischer Perspektive aktuell so gut, wie lange nicht mehr.

Hier werden wir anknüpfen, wenn wir uns – beginnend im Herbst 2022 – programmatisch, personell und organisatorisch auf die Kommunalwahlen 2024 vorbereiten!

Klare Haltung für starke Kommunen

Die Grundlage für das erfolgreiche Engagement auf der kommunalen Ebene haben wir in MV in den letzten Jahrzehnten durch die gemeinsame Sicherung der kommunalen Finanzausstattung gelegt, die nach wie vor in einer Verantwortungsgemeinschaft von Land und Kommunen getragen wird. Die Klärung bedeutsamer Themen und die Verständigung auf gemeinsame Positionen erfolgt zwischen Kommunen und Land auf Augenhöhe und im Dialog. Hierbei setzen wir weiter auf das Format der Kommunalgipfel.

Das neue Finanzausgleichsgesetz (FAG) führt seit 2020 dazu, dass Gemeinden, Städte und Landkreise über mehr Geld verfügen als vor der Reform. Die Fortschritte des neuen FAG gilt es nun, gerade auch hinsichtlich der Investitionsfähigkeit der Kommunen zu sichern. Das gegenseitige Versprechen, gemeinsam gut durch die Corona-Pandemie zu kommen, steht. Gleiches gilt für die Folgen des Ukraine-Krieges: Im Doppel-Haushalt stehen bei den Hilfen für Flüchtlinge sowie der Entlastung für die Menschen bei den Energiepreisen mehr als 550 Millionen Euro zur Verfügung.

Der Koalitionsvertrag „Aufbruch 2030“ der MV-Koalition ist durchzogen von klaren Bekenntnissen und konkreten Vorhaben für die Dörfer, Städte, Landkreise und kreisfreien Städte. Neben finanzpolitischen Themen wie der Investitionsfähigkeit und der Stärkung der Grundzentren und

der Unterstützung beim Abbau von (Alt-)Schulden schauen wir in allen Lebens- und Politikbereichen immer auch durch die „kommunalpolitische Brille“. Entscheidend für den gemeinsamen Erfolg wird sein, Entwicklungen im Großen, immer auch lokal zu denken und Erfolge im Kleinen für das ganze Land, nutzbar zu machen.

Ein hervorragendes Beispiel hierfür ist die Einführung eines landesweiten Rufbussystems kombiniert mit einem MV-Ticket – zunächst für Senior:innen und Azubis. Hier waren die guten Erfahrungen mit dem Rufbus in Ludwigslust-Parchim und teilen Vorpommern-Greifswalds beispielgebend für eine Entwicklung im ganzen Land. Für uns als SPD ist klar: Möglichst alle Menschen in MV sollen mobil sein und am Leben und an der Versorgung teilhaben können, sich diese Teilhabe auch leisten können und am Ende sogar einen positiven Beitrag für die Umwelt leisten. Um diese Ziele zu erreichen, ziehen in MV das Land und die Kommunen an einem Strang.

Auch wenn die Energiewende eine Gemeinschaftsleistung aller Ebenen ist, wird sie stark von den Kommunen getragen werden. Mit den Stadtwerken in den Städten, die wir stark und unabhängig, vor allem aber in kommunaler Hand halten wollen, haben wir wichtige Partner für eine sozial gelingende Energiewende im Land. Es

wird jetzt darauf ankommen, dass die Stadtwerke nicht als die kleinen Partner vor Ort durch die aktuellen Umbrüche um ihre Handlungsmöglichkeiten gebracht werden. Wir brauchen einen Schutzschirm der Bundesregierung nicht nur für die Großen in der Energiebranche, sondern gerade für die direkten Ansprechpartnerinnen der Bürger:innen in Sachen Energie vor Ort – für die Stadtwerke. Hier muss der Bund seine schützende Hand reichen. Wir erwarten von den von den Landkreisen und Gemeinden getragenen Regionalen Planungsverbänden, dass sie nunmehr zügig die Flächenziele des Bundes für Windeignungsgebiete auch in Mecklenburg-Vorpommern umsetzen. Auch für zusätzliche Gewinnung von Solarenergie, beispielsweise in Innenstädten, werden wir die gesetzlichen Voraussetzungen verbessern, zum Beispiel bzgl. des Denkmalschutzes.

Die Kommunen sind die Orte, in denen wir täglich leben und arbeiten. Das Wohnen ist dabei ein zentrales Gut und muss bezahlbar für alle bleiben. Hierfür hat die Bundesregierung nach Jahren des Zögerns mit der neuen Ampelkoalition die langfristigen Weichen für eine gemeinsame Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus gestellt. Dazu braucht es Kommunen, die mit ihren weitsichtigen Planungen ausreichend bebaubare Grundstücke möglich machen, ohne die Herausforderungen des Klimawandels aus dem Blick zu verlieren. Mecklenburg-Vorpommerns Kommunen werden die Chance nach der Corona-Pandemie ergreifen, um die sich verändernden Vorstellungen für gutes Wohnen in konkrete Baumöglichkeiten umzusetzen. Mit den kommunalen Wohnungsgesellschaften und den ebenfalls gemeinwohlorientierten Wohnungsgenossenschaften in nahezu allen Städten im Land besitzen unsere Kommunen ein hervorragendes Steuerungsinstrument für gutes und bezahlbares Wohnen vor Ort. Das Land wird seine Förderung für soziale Neubauprojekte fortsetzen. Vor allem aber werden wir uns auf die Unterstützung der Sanierung hin zu deutlich weniger CO₂-Emissionen und mehr Energieeffizienz für unsere Wohngebäude konzentrieren, damit die Wohnungen auch bezahlbar bleiben. Auch den Abbau von Barrieren im Wohnumfeld werden wir unterstützen.

Demokratie lebt vom Mitmachen-Können. Dafür werden wir gemeinsam in den Gesetzen des Landes und den konkreten Regelungen in den Kommunen dafür sorgen, dass kommunale Beiräte, wie jene für Kinder & Jugendliche, Senior:innen oder Migrant:innen, direktere und verbindlichere Anhörungs- und Antragsrechte in den kommunalen Gemeindevertretungen, den Stadtvertretungen und Bürgerschaften sowie Kreistagen erhalten können.

Die Kommunen sind die Wiege (beinahe) allen ehrenamtlichen Engagements – wir werden dieses weiter durch die durch das Land ins Leben gerufene Ehrenamtsstiftung stärken. Wir werden insbesondere das Zukunftsprogramm für die Feuerwehren zielführend auf Landesebene

zusammen mit den Kommunen umsetzen. Mit den 50 Millionen Euro ist es Land und Kommunen gelungen, in mehr als 250 Freiwilligen Feuerwehren neue Fahrzeuge in Einsatz zu bringen. Das ist ein klares Bekenntnis von Land und Kommunen für dieses wichtige Ehrenamt. Es schafft mehr Sicherheit bei den Einsätzen und der Einsatzbereitschaft für die Freiwilligen Feuerwehren in vielen Teilen des Landes – es ist aber zugleich auch ein deutliches Zeichen der Wertschätzung und Dankbarkeit an die Kamerad:innen der Feuerwehren im Land.

Auf die Plätze, fertig, los: Gemeinsame Vorbereitung der Kommunalwahlen 2024 in MV

Als SPD-MV stehen wir in den Startlöchern zur Vorbereitung der Kommunalwahlen 2024 in MV. Mit rund 8.000 Mandaten, die für Gemeinderäte, Stadtvertretungen, Kreistage, Bürgerschaften und Rathäuser gewählt werden, handelt es sich bei der Kommunalwahl um die mit Abstand größte Wahlbewegung in MV. Schon jetzt danken wir allen, die sich als Kandidat:innen einbringen und gleichermaßen allen, die sich organisatorisch an der Vorbereitung und Durchführung in allen Teilen und Winkeln des Landes einbringen werden. Zugleich wollen wir zusammen mit der SGK den regelmäßigen Austausch und die Vernetzung der SPD-Kommunalpolitikerinnen und -politiker im Land voranbringen und dafür vorhandene Formate weiterentwickeln.

Aufbauend auf den guten Erfahrungen mit der Kampa21 werden wir als MV-SPD auch die Kommunalwahlen 2024 im Rahmen eines breit angelegten Prozesses mit klaren Meilensteinen und Verantwortlichkeiten organisieren. Die Wahlkampfleitung obliegt dem geschäftsführenden Landesvorstand, der hierfür eine KAMPA24 einberuft. Diese setzt sich neben dem gLV u. a. zusammen aus Verantwortlichen aller Kreisverbände, dem Hauptamt, der SGK, den Jusos, der AG60+ und der ASF.

Klare Ziele sind neben möglichst vielen engagierten Kandidat:innen überall im Land und guten Ergebnissen eine Verfestigung der kommunalpolitischen Verankerung und die Gewinnung von neuen Mitstreiter:innen für die Sozialdemokratie in MV. Der Prozess der KAMPA24 beginnt jetzt.

Antragsteller:in: OV Schwerin Südstadt

Gutes Wohnen für Geflüchtete

Der Landesparteitag erneuert seinen Beschluss, dass die Unterbringung von Geflüchteten in zentralen Gemeinschaftsunterkünften von der Dauer des Aufenthalts an auf das nötige Maß zu beschränken ist. Soweit hiernach die Unterbringung Geflüchteter in Gemeinschaftsunterkünften erfolgt, sieht der Landesparteitag alle gesellschaftlichen Ebenen in der Verantwortung, qualitative Standards der Unterbringung umzusetzen. Er sieht bei der Standortauswahl die besondere Verantwortung der Landkreise und kreisfreien Städte, die soziale und kulturelle Infrastruktur zu berücksichtigen und insbesondere die möglichen umfeldprägenden Effekte einer Gemeinschaftseinrichtung für den jeweiligen Standort in besonderer Weise zu prüfen und bei der Entscheidung zu berücksichtigen. Es sollen insbesondere keine Verstärkungen gegebenenfalls bereits absehbarer oder eingetretener Segregationseffekte begünstigt oder verstärkt werden. Dort, wo bisherige Standortentscheidungen dies nicht hinreichend berücksichtigen konnten, werden die sozialdemokratischen Mitglieder der kommunalen Selbstverwaltungsgremien und die sozialdemokratischen Wahlbeamten gebeten zu prüfen, in welcher Weise solche segregationsinitiierenden oder -verstärkenden Effekte beseitigt oder zumindest zurückgeführt werden können. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung werden die jeweiligen Landkreise bzw. kreisfreien Städte dabei unterstützen.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages aus dem SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern werden gebeten, die bevorstehenden umfangreichen Novellierungen der Gesetze für dieses Themenfeld zu nutzen, um für eine Anpassung der Vorgaben in diesen bundesrechtlichen Bestimmungen für die Unterbringung dahingehend einzutreten, dass es einen klaren gesetzlichen Vorrang der dezentralen Unterbringung gibt, sobald das nötige Maß für die Unterbringung von Geflüchteten in zentralen Gemeinschaftsunterkünften erreicht ist

Antragsteller:in: OV Schwerin Südstadt

Wohnraumförderung weiterentwickeln

Der Landesparteitag spricht sich dafür aus, dass das Landesprogramm zur Förderung von Wohnraum für Kleinverdiener künftig jeweils zeitnah mittels anerkannter Baukostenindizes an die veränderten Rahmenbedingungen angepasst wird, um stetig attraktiv für Wohnungsgesellschaften zu bleiben. Damit soll der Wohnungswirtschaft langfristig ermöglicht werden, geförderten Wohnraum zu schaffen, der auch wirtschaftlich darstellbar ist.

Bezüglich der Weiterentwicklung soll die Vergabe von Landesdarlehen mit langer Laufzeit und sehr niedrigen Zinsen umgesetzt werden.

Antragsteller:in: KV Vorpommern-Greifswald

Opferperspektive voranstellen

1. Der Opferperspektive muss zusätzlich zur Ausstellung im Historisch-Technischen Museum auch auf dem Gelände der ehemaligen Heeresversuchsanstalt Peenemünde Raum gegeben werden. Hierfür soll im Bereich des ehemaligen Außenlagers "Karlshagen 2" des KZ Ravensbrück eine Gedenkstätte bzw. ein Erinnerungsort eingerichtet werden. Damit soll an die dort mit dem Bau der sog. V2 beschäftigten und später nach Mittelbau-Dora deportierten Häftlinge erinnert werden. Es muss deutlich gemacht werden, dass das perfide System der Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen in Außenlagern weit über Peenemünde hinaus genutzt wurde, um die Entwicklung vor Ort voranzutreiben.

2. Die im Wald Kienheide/Peenemünde im munitionsbelasteten Sperrgebiet liegenden Reste der V2-Fabrik müssen zur Gedenkstätte erklärt und durch einen Gedenkweg zugänglich gemacht werden!

Dies entspricht dem Wunsch insbesondere polnischer und französischer Opfervertreter.

Im Herbst 2022 soll es dazu mit Vertretern der Opferverbände ein Gespräch mit der MV-Kultusministerin geben.

3. Die Anlagen im Wald müssen zur Gedenkstätte erklärt und durch einen Gedenkweg zugänglich gemacht werden!

Dieser Gedenkweg entspricht dem Wunsch betroffener Opferverbände. Weitergehende bauliche Erinnerungsorte werden nach dem im Herbst geplanten Gespräch der SPD-Kultusministerin MV mit Vertretern der Opferverbände geplant.

Antragsteller:in: Jusos MV

Vertrauen schaffen - Lobbyregister für den Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Im Frühjahr des Jahres 2021 bestimmten Schlagzeilen über Maskendeals die Nachrichtenwelt Deutschlands und am 25. März 2021 wurde das „Lobbyregistergesetz“ vom Deutschen Bundestag verabschiedet.

Im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern wurde ein solches oder ähnliches Gesetz noch nicht verabschiedet. Folgerichtig teilte sich Mecklenburg-Vorpommern in einem im März 2021 erstellten „Lobbyranking der Bundesländer“ zusammen mit Bremen den letzten Platz. Zwar konnte sich Mecklenburg-Vorpommern in einem aktualisierten Ranking im Jahre 2022, durch eine Einführung einer Karenzzeit, inzwischen auf den vierten Platz vorarbeiten, doch sieht diese Regelung keine Sanktionen bei Verstößen gegen diese Karenzzeit vor.

Mecklenburg-Vorpommern soll transparenter werden und sich ein Beispiel an Thüringen nehmen. So gibt es in Thüringen weitgehende Regelungen für einen legislativen Fußabdruck, also eine Liste an Lobbyisten, mit denen Abgeordnete bei der Arbeit zu einem Gesetz in Kontakt standen und eine effektive Karenzzeit, also eine Sperrfrist für

Abgeordnete, die nach ihrem Ausscheiden aus dem Parlament eine geregelte Zeit lang kein Arbeitsverhältnis zu einem lobbygefährdeten Unternehmen oder Verband aufnehmen dürfen, bei denen ein Interessenskonflikt hervorgerufen werden kann.

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es solche Regelungen aktuell nicht.

Für uns als SPD ist klar: Ein solcher Zustand ist aus unserer Sicht nicht tragbar!

Daher fordern wir:

- 1) Ein Lobbyregister für die Exekutive und die Legislative
- 2) Die Einführung eines Legislativen Fußabdruckes
- 3) Die Eingaben in das Lobbyregister sowie des Legislativen Fußabdruckes müssen im Sinne der Transparenz öffentlich zugänglich sein

16

Antragsteller:in: AsF

Parität jetzt!

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, die Erarbeitung von verfassungskonformen Paritätsregelungen voranzutreiben. Dabei sind die Entwicklungen in anderen Bundesländern sowie die Arbeitsergebnisse der Reformkommission zur Reform des Bundeswahlrechts zu berücksichtigen.

Bis die Paritätsregelungen greifen können, wird der SPD-Landesvorstand aufgefordert, gemeinsam mit den Kreisverbänden ein Frauenförderprogramm, z. B. in Form eines parteiinternen Mentoring-Programmes, zu erarbeiten, um so dem Anspruch „Mehr Frauen in die Parlamente auf allen Ebenen“ gerecht zu werden.

17

Antragsteller:in: AsF

Eckpunkte zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Mecklenburg-Vorpommern

Die im Koalitionsvertrag festgelegte Weiterentwicklung des Dritten Landesaktionsplanes gegen Gewalt an Frauen und Kindern hin zu einer Landesstrategie zur Umsetzung der Istanbul-Konvention wird begrüßt (Punkt 422). Im Rahmen dieser Weiterentwicklung sind folgende Eckpunkte zwingend zu realisieren:

- Entwicklung einer Gesamtstrategie zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, deren Koordination und begleitendes Monitoring
- Einrichtung einer Koordinierungsstelle auf Landesebene
- Prävention von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt
- ausreichend Schutz und Unterkunft für Betroffene von Gewalt
- Sicherstellung einer auskömmlichen Finanzierung des Beratungs- und Hilfeangebotes für Betroffene häuslicher und sexualisierter Gewalt sowie Schaffung attraktiver Arbeitsplätze in diesem Bereich

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung, die SPD-Landtagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder in den Kommunalvertretungen werden aufgefordert, die o. g. Eckpunkte entsprechend einzubringen, zu vertreten und im Rahmen ihrer Kompetenzen umzusetzen.

18

Antragsteller:in: AsF

Antifeminismus als Teil des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus anerkennen und bekämpfen

EntschlieÙung:

Das Erstarken von rechtspopulistischen und rechtsextremen Bewegungen hat auch zu einem Erstarken des Antifeminismus geföhrt. Das Bewahren vermeintlicher traditioneller, konservativer oder christlicher Werte ist oftmals der Kern dieses Antifeminismus. Rollenbilder, Eigenschaften und Fähigkeiten werden qua Geschlecht zugeordnet. Nicht selten steht die Frau als (mehrfache) Mutter mit ihren angeblich angeborenen, typisch weiblichen Eigenschaften (wie Sanftmut, Einfühlungsvermögen oder Charme) im Mittelpunkt. Arbeitende Frauen, die zudem auch noch kinderlos sind, gelten als „verbitterte Karrierefrauen“, die gegen eine vermeintlich natürliche Ordnung agieren.

Frauen selbst spielen dabei im rechtspopulistischen und rechtsextremen Spektrum eine wichtige Rolle. Sie geben antifeministischen Aussagen Gewicht und den Bewegungen ein scheinbar harmloses Gesicht. Nicht selten findet das durchaus Anklang in der Mitte der Gesellschaft.

Die Bekämpfung von Geschlechtergerechtigkeit, des Feminismus allgemein, der vielfältigen Lebensentwürfe von Frauen und Familien, der Frauen- und Geschlechterforschung und die Ablehnung der Gleichberechtigung von LGBTQIA: - all dies sind Bestandteile aktueller antifeministischer und rechtspopulistischer Politik.

Und sie sind gefährlich. Politikerinnen, Aktivistinnen und Netzfeministinnen, werden eingeschüchtert, ihnen werden Gewalt, Vergewaltigungen bis hin zum Mord angedroht. Und das nimmt immer weiter zu.

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern steht für einen Feminismus, der für Frauenrechte und gegen Sexismus kämpft, verbunden mit dem Kampf für Menschenrechte und gegen jedwede Diskriminierung. Wir stellen uns entschlossen gegen Antifeministinnen und Antifeministen, verteidigen die bisher erreichten Erfolge in der Gleichstellungspolitik und werden weiterhin entschlossen gegen strukturelle Diskriminierungen vorgehen, damit sich alle Menschen frei und entsprechend ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten entwickeln können.

Antragsteller:in: KV Vorpommern-Greifswald

Ablehnung der von der Ampel-Koalition im Bund geplante Wahlrechtsreform

Der Landesparteitag der SPD-MV möge beschließen: Die MV-SPD lehnt die von der Ampel-Koalition im Bund geplante Wahlrechtsreform ab.

Antragsteller:in: Landesvorstand SPD MV

Zusammenarbeit mit dem demokratischen Ostseeraum stärken

Der russische Überfall auf die Ukraine stellt eine historische Zäsur dar. Das Leid der Menschen durch Krieg und Flucht ist für uns unvorstellbar. Wir erklären daher unsere uneingeschränkte Solidarität. Viele Personen und Initiativen aus MV sind bereit zu helfen und tun dies seit Ausbruch des Krieges. Auf der ganzen Welt gibt es Solidaritätsbekundungen durch Friedensdemonstrationen und Gedenkstunden für die Opfer, welche wir als SPD-Landesverband auf den verschiedensten Ebenen nach allen Kräften unterstützen. Wir sind überwältigt von den großen Anstrengungen der gesamten Zivilgesellschaft und Politik, Geflüchtete aus der Ukraine aufzunehmen und die Menschen in der Ukraine zu unterstützen. MV hält in diesen Zeiten zusammen. Dieser völkerrechtswidrige Angriffskrieg stellt auch für uns eine Zeitenwende dar, die alle Lebensbereiche und alle politischen sowie gesellschaftlichen Felder betrifft. Mit dem heutigen Wissen war das Engagement für Nordstream2 und die Errichtung der Stiftung Klima- und Umweltschutz ein Fehler.

Vor diesem Hintergrund ist es die logische Konsequenz und Antwort auf Putins Krieg, dass es keinerlei weitere Zusammenarbeit mit dem System Putin gibt und Mecklenburg-Vorpommern seine Zusammenarbeit mit den Bündnispartner:innen des demokratischen Ostseeraums weiter verstärkt. Der Ostseeraum im Zentrum Europas birgt enorme Chancen und Potentiale für die Entwicklung der ganzen Region. Die wollen wir gemeinsam nutzen. Die Metropolregion Stettin, die engen Regionalpartnerschaften mit Westpommern und Pommern, die Ostsee-Parlamentarier:innen-Konferenz, das Parlamentsforum Südliche Ostsee, die aber auch das Festival „Nordischer Klang“ in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zeigen beispielsweise, dass es sowohl mit Polen als auch den nordischen Ländern und baltischen Staaten bereits eine breit aufgestellte Zusammenarbeit und einen engen Austausch auf den unterschiedlichsten Ebenen in den verschiedensten Gesellschaftsbereichen gibt.

Wir werden als MV-SPD an diese Zusammenarbeit anknüpfen und unsere Strategie mit der Zielstellung schärfen, damit die Ostsee als wirtschaftlicher und politischer Raum des Friedens, der Demokratie, der Menschenrechte und der engen Kooperationen weiter gestärkt und ausgebaut wird.

Aus diesem Grund beschließt der SPD-Landesparteitag folgende Punkte:

1. Die SPD Mecklenburg-Vorpommern bekennt sich zu den bereits bestehenden Formaten der Zusammenarbeit auf politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene mit den

Bündnispartner:innen im demokratischen Ostseeraum und möchte diese Kontakte verstetigen und weiter ausbauen.

2. Der eingeschlagene Weg der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns, den „MV-Kooperationsrat demokratischer Ostseeraum“ unter Einbeziehung vielfältiger Beteiligter aus Wissenschaft, Kultur, Ehrenamt und den verschiedensten Wirtschaftsbereichen einzusetzen, wird begrüßt und ausdrücklich unterstützt. Die Arbeit des Kooperationsrates wird konstruktiv begleitet.

3. Dazu wird innerhalb des SPD-Landesverbands ein „Arbeitskreis demokratischer Ostseeraum“ eingesetzt, welcher unter breiter Beteiligung die bisherigen, nicht zuletzt die oben beschriebenen Entwicklungen und den aktuellen Stand der vielfältigen Zusammenarbeit rekapituliert sowie Ideen und Konzepte erarbeiten soll, wie auf wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Ebene die Zusammenarbeit mit den Anrainerstaaten im demokratischen Ostseeraum gestärkt werden kann.

4. Zudem soll der „Russlandtag“ nicht nur ausgesetzt, sondern endgültig abgeschafft werden. Stattdessen soll regelmäßig ein „Ostseetag“ stattfinden. Zu diesem sollen perspektivisch neben wirtschaftlichen und politischen Vertreter:innen aus dem demokratischen Ostseeraum, – soweit für deren Sicherheit vertretbar – auch demokratische sowie progressive Organisationen aus der russischen Zivilgesellschaft und der Opposition eingeladen werden.

5. Weitergehend soll geprüft werden, auf welchem Wege eine nachhaltige und demokratische Entwicklung im gesamten Ostseeraum grundständig und intensiver als bisher gefördert werden kann. Hierzu bedarf es einer besseren Verzahnung der demokratischen Foren (wie die Ostsee-Parlamentarier:innen-Konferenz und Parlamentsforum Südliche Ostsee oder bspw. die Union of baltic cities oder die Kommission für periphere Küstenregionen) mit der exekutiven Ebene. Zudem sollte erwogen werden, die europäischen Förderprogramme für grenzüberschreitende Zusammenarbeit stärker an die Umsetzung der Beschlüsse dieser Foren zu binden.

6. Der Landesvorstand wird aufgefordert, Kooperationen und den partnerschaftlichen Austausch mit unseren befreundeten sozialdemokratischen Organisationen und Parteien im Ostseeraum zu revitalisieren, neu zu strukturieren und zu fördern. Der „Arbeitskreis demokratischer Ostseeraum“ wird beauftragt, hierfür dem Landesvorstand Vorschläge und Ideen zu unterbreiten.

Antragsteller:in: Jusos MV

Im Schatten des Krieges leben... Deutsche Sicherheitsarchitektur im neuen 21.Jahrhundert

Der ordentliche Landesparteitag der SPD MV möge beschließen:

Die drastisch veränderte Realität in der Sicherheitspolitischen Landschaft der Welt zwingt uns Verteidigungs,- und Friedenspolitik neu zu betrachten. Der berechtigte Wunsch danach Frieden ohne Waffen schaffen zu können ist so fern wie er zuletzt im kalten Krieg war. Der völkisch motivierte Überfall Russlands auf die Ukraine war in seiner Grausamkeit auf europäischen Boden nicht vorstellbar. Jetzt sehen wir jeden Tag die Bilder des blutigen Konflikts und besonders der zivilen Opfer, die er fordert.

Niemand ist zum Kämpfen geboren, deswegen sind wir der festen Überzeugung, dass es gerade jetzt eine deutsche Friedenspolitik braucht, die fest verankert ist, in der Sicherheitsarchitektur der freien Welt. Eine Friedenspolitik, die Waffen und Armeen nicht aus der Natur ihres seins als Hindernis begreift, sondern als ein präzises Werkzeug um notwendige Aufgaben auszuführen und bereit ist dieses Werkzeug zur Wahrung von Frieden und Menschenrechten einzusetzen.

Nehmen wir diese Betrachtung an ist die deutsche Bundeswehr ein solches Werkzeug. Die Art dieses Werkzeugs und seine Einsatzfähigkeit ist wie bei allen Werkzeugen nicht universell, sondern in höchstem Maße präzise und wird bestimmt durch die verfolgte Strategie und die gegebenen Möglichkeiten des Arsenal.

Der Charakter der Bundeswehr und deutscher Sicherheitspolitik

Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Sie ist eine Armee aus Bürger:innen in Uniform. Sie ist weder Präsident:innen, noch Kanzler:innen verpflichtet, sondern einzig und allein dem demokratisch gewählten Parlament der Bundesrepublik Deutschland und die deutsche Geschichte befiehlt, dass nie wieder ein Krieg von deutschem Boden ausgehen darf und dass Auschwitz nie wieder sei. Daraus ergibt sich ein deutliches Mandat zu einer unveräußerlichen Friedenspolitik, die keinem Krieg zustimmt, wenn es auch nur den letzten Restzweifel gibt, aber gleichzeitig nicht müde werden darf Völker-, und Menschenrechtsverletzungen vor der internationalen Gemeinschaft anzuprangern und geschlossenes Handeln zu fordern. Aus diesen Gründen ist der deutschen Sicherheitspolitik und der Bundeswehr, im Vergleich zu anderen Armeen in der Welt, ein antimilitaristischer Charakter zu eigen, der bewahrt und gefördert werden muss, bis das Ziel vereinter europäischer Streitkräfte erreicht ist, die diese unveräußerlichen Charakterzüge teilen.

Nationale Verantwortung

Die inhärente Aufgabe eines Militärs ist die territoriale Integrität ihres Staates zu schützen. Das gilt genauso für die deutsche Bundeswehr, weswegen der Fokus der deutschen Streitkräfte auf dem Anlegen von defensiven Kapazitäten liegen muss. Die Effektivität von Defensivwaffen wurde im Krieg in der Ukraine eindrucksvoll deutlich und unterstreicht, dass es zur erfolgreichen Verteidigung, selbst gegen zahlenmäßig weit überlegene Gegner:innen, keine besonderen Offensivkapazitäten braucht. Im Gegenteil! Tatsächlich sollte aus deutscher Perspektive unter Berücksichtigung unserer Partner:innen in der EU und NATO so weit wie möglich auf eigene deutsche Offensivkapazitäten verzichtet werden, um zum einen konsistent mit unseren Grundwerten zu bleiben, und zum anderen die letztlich limitierten Mittel des Verteidigungsetats so präzise wie möglich in die Erfüllung unserer strategischen Anforderungen zu investieren. Abseits von Defensivwaffen gehört auch Logistik und die Ausrüstung der Soldat:innen zu den Defensivkapazitäten der deutschen Bundeswehr. Die Bundeswehr dient dem Schutz der

deutschen Bürger:innen und besteht aus eben jenen, weswegen es axiomatisch ist, dass nicht weniger als das Beste der Standard in der Ausrüstung und Versorgung deutscher Truppen ist. Darüber hinaus zeigt die jüngere Vergangenheit, insbesondere das Unvermögen russischer Verbände verlässlich versorgt zu werden und die damit einhergehenden vernichtenden Erfolge der ukrainischen Verteidigung um Kyiv machen deutlich, dass bessere Logistik und Ausrüstung darüber entscheiden können, ob militärische Ziele erreicht werden können oder nicht.

Neben den Sicherheitspolitischen Aufgaben stellt uns der Klimawandel vor neue zunehmend kritischere Aufgaben. Jahrhundertfluten ereignen sich alle 10 Jahre, Tendenz steigend, Waldbrände sind im Sommer beinahe selbstverständlich an der Tagesordnung. Die Schlagzahl der Katastrophen in Deutschland steigt und immer seltener verfügen Feuerwehr und Hilfskräfte über ausreichend Mittel and Material und Personal, um Schutz und Rettung zu gewährleisten. Es ist notwendig, dass eine Bundeswehr in diesen Fällen unter der Führung des Katastrophenschutzes bei solchen Einsätzen unterstützt, um Menschenleben zu retten.

Internationale Verantwortung

Mehr denn je ist es wichtig sich auf unsere Bündnispartner:innen in EU und NATO verlassen zu können und im Gegenzug ebenfalls unbedingt verlässlich zu sein. Das langfristige Ziel deutscher Sicherheitspolitik muss die vollständige Integration der Bundeswehr in die vereinten Streitkräfte der EU sein. Bis dahin soll dieser Weg geebnet werden durch die Einrichtung und Vergrößerung von bi- und multinationalen Brigaden, ein ständiger Austausch von sicherheitsrelevanten Erkenntnissen verbündeter Nachrichtendienste, eine gemeinsame Verteidigung gegen Cyberangriffe, sowie das verstärkte Abhalten gemeinsamer europäischer Wehrübungen und ständiger gemeinsamer Beratung europäischer Sicherheitsinteressen mit den Ländern der EU, sowie Beitrittskandidat:innen.

Klar ist dennoch, dass Deutschland, geschuldet seiner immensen Volkswirtschaft, auch ohne gemeinsame Streitkräfte, eine Schlüsselrolle in der Sicherheitsarchitektur der EU und NATO einnehmen wird. Trotz oder gerade wegen unserer Geschichte, können wir uns nicht dagegen wehren Verantwortung in der internationalen Gemeinschaft zu übernehmen. Die deutsche Sicherheitspolitik muss hierbei Garant und Multiplikator der Sicherheitsinteressen unserer Partner:innen sein. Der Verzicht auf eigene Offensivwaffen soll das bestätigen. Es kann keine deutschen Alleingänge, oder von Deutschland geführte Koalitionen der willigen geben. Stattdessen soll eine Doppelstrategie aus Diplomatie, als auch unkritischer Solidarität zu unseren Partner:innen im Verteidigungsfall friedliche Lösungen schaffen, ohne Säbelrasseln, dass von imperialistischen Kräften schnell als Kriegsgrund gegen andere Nationen, ohne den Schutz internationaler Allianzen, verwendet wird. Deswegen darf es, auch wenn Deutschland Teil von Bündnissen mit nuklearen Kapazitäten ist, keine nuklearen Waffen im deutschen Arsenal geben. Weltweite nukleare Abrüstung muss weiterhin eines der leitenden Motive deutscher Außen-, und Sicherheitspolitik sein.

Kommt es zu einem internationalen Einsatz ist es primäre Aufgabe der deutschen Bundeswehr die verbündeten Truppen zu im Rahmen ihrer Kapazitäten zu unterstützen, Aufklärungs- und Sicherungsarbeit zu leisten, Lokale Sicherheitskräfte in befreiten Gebieten auszubilden und zu unterstützen, sowie humanitäre Hilfe und Wiederaufbauarbeit zu leisten. Um befreundete Kräfte, innerhalb, aber auch außerhalb der deutschen Bündnissysteme im Ernstfall effektiv zu unterstützen soll eine ständige Reserve an Waffen und Unterstützungsgerät angelegt werden, die auf Anfrage von befreundeten Kräften ausgeliehen werden können. Das Ziel ist es kurz- und mittelfristig die Wehrhaftigkeit im Einsatz und danach zu stärken, um Stabilität zu schaffen, wo ein direkter Einsatz von deutschen Truppen nicht erforderlich, nicht erwünscht, oder nicht angebracht wäre.

Zu den internationalen Aufgaben der deutschen Sicherheitspolitik, gehört es auch ständige humanitäre Hilfe zu leisten, da wo sie erforderlich ist. Notversorgung in Krisengebieten und das Schaffen von sicheren Fluchtrouten müssen intrinsischer Teil deutscher Doktrin werden. Das

prominenteste Beispiel hier wäre die Flüchtlingsrettung im Mittelmeer, wo jeden Tag Leben gerettet werden müssten und könnten.

Zur Sicherheitsarchitektur in Deutschland gehört mehr als nur die Bundeswehr

Deutsche Sicherheitsarchitektur besteht nicht nur aus der Bundeswehr, sondern aus dem gesamten militärisch industriellen Komplex. Die globale Wirtschaft ist so verflochten, wie sie es nie zuvor war. Nahezu jede Lieferkette geht mindestens einmal um die ganze Welt, wenn man lange genug sucht. Es wurden Abhängigkeiten geschaffen, von denen man ausging, sie würden Kriege unmöglich machen. Diese Annahme war falsch. Stattdessen wurde der empfindliche Unterbauch der westlichen Welt offengelegt. Gerade deswegen ist es wichtig, in einer Zeit in der Rüstung freier gehandelt wird als je zuvor, Maßnahmen zu treffen, um für den absoluten Ernstfall gewappnet zu sein. Wir müssen anerkennen, dass Rüstung eine zentrale Schlüsselindustrie ist und unter anderen Regeln agieren sollte als andere Industrien. Es ist absolut notwendig als Staat die Kontrolle über den Nachschub von Gerät, Ausrüstung und Munition zu haben, sollte man sich jemals in einer ernsthaften Konfliktsituation befinden. Rüstung ist allerdings nur das offensichtlichste Beispiel. Energie und Lebensmittel sind kritische Ressourcen, die mit Blick auf die kommenden Herausforderungen des 21. Jahrhunderts eine deutliche Umstellung der Wirtschaft verlangen, wenn wir Nachhaltig sicher leben wollen.

Wenn wir den Herausforderungen des neuen 21. Jahrhunderts begegnen wollen, brauchen wir ein neues nachhaltiges strategisches Konzept.

Deswegen fordern wir eine umfassende Revision des Weißbuchs zur Sicherheitspolitik und der Zukunft der Bundeswehr und eine neue Ausrichtung deutscher Verteidigungspolitik.

Überweisung an AK Bundespolitik

J1

Antragsteller:in: AsJ

Digitale Agenda Justiz

Der Landesparteitag fordert die SPD-Landtagsfraktion und sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern auf, die Erarbeitung einer Digitalen Agenda Justiz zu initiieren und voranzutreiben und darin und als einen ersten Schritt konkrete Zeitpläne zur Umsetzung folgender Koalitionsvorhaben in der Justiz und Beratung vorzusehen:

Schaffung von digitalen Angeboten in Beratungs- und Justizangelegenheiten für z.B.

- Online-Verhandlungen,
- dezentral durchgeführte Videovernehmungen,
- Mediationssitzungen,
- Beratungsgespräche für Bürgerinnen und Bürgern
- Zeugenvernehmungen/-befragungen.

J2

Antragsteller:in: AsJ

Digitalisierung in und für Aus-, Weiter- und Fortbildung in Justiz und Recht

Der Landesparteitag fordert die SPD-Landtagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung auf zu prüfen, ob und wie die Kenntnisse und der Umgang mit digitalen Strukturen sowie deren grundlegenden technischen Voraussetzungen in allen Aus- und Fortbildungsbereichen der Justiz standardisiert und normiert werden kann, um diese verbindlich vorzusehen und sodann auch zeitnah praktisch in den Aus-, Fort- und Weiterbildungen umzusetzen.

J3

Antragsteller:in: AsJ

Einführung von E-Examen

Der Landesparteitag fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern auf, die Umsetzung des E-Examens beschleunigt voranzutreiben, so dass das erstmalige digitale Ablegen zum Herbst 2023 ermöglicht wird und für die Umsetzung bis Ende 2022 einen verbindlichen Zeitplan vorzulegen.

Überweisung an die Landtagsfraktion

J4

Antragsteller:in: AsJ

Evaluierung diverser Rechtsetzungen

Der Landesparteitag fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern auf, zeitnah folgende Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag auf den Weg zu bringen und dazu Zeitpläne vorzulegen:

- die Evaluierung der Vollzugsgesetze,
die Evaluierung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (SOG MV) und
- die Evaluierung des Informationsfreiheitsgesetzes MV.

Zudem wird die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern aufgefordert, Eckpunkte für die Weiterentwicklung der Psychosozialen Prozessbegleitung vorzulegen.

Überweisung an die Landtagsfraktion und den Landesvorstand

Antragsteller:in: AsJ

Fonds für staatlichen Opferschutz

Der Landesparteitag fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern auf, bis Ende 2022 ein Eckpunktepapier vorzulegen, wie Teile der Geldauflagen für eingestellte strafrechtliche Ermittlungsverfahren und eingestellte Strafprozesse sowie weitere Gelder, z.B. aus Einziehungen eingesetzt werden können, um daraus einen Fonds für staatlichen Opferschutz einzurichten.

Überweisung an die Landtagsfraktion und den Landesvorstand

Antragsteller:in: OV Laage

Parteiarbeit und -strukturen mit Blick auf Verbesserungspotenziale evaluieren

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Die Landtagswahl 2021 hat bewiesen, dass die SPD Mecklenburg-Vorpommern sehr erfolgreich Wahlkampf bestreiten kann. Diesen Erfolg wollen wir auch in weiter steigende Mitgliederzahlen für die Landespartei ummünzen und so zum bundesweit gesetzten Ziel von 30.000 Neumitgliedern beitragen. Hierfür müssen wir als Volkspartei sicherstellen, dass wir stets in der Lage sind, die Wünsche und Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger aufzunehmen und in erfolgreiche progressive Politik umzuwandeln. Auch die gemachten Erfahrungen von Parteiarbeit während der Covid-19-Pandemie sollten uns Anlass geben, die eigenen Strukturen und Arbeitsweisen mit Blick auf eine attraktive Mitmachpartei ggf. weiterzuentwickeln.

Überdies sollte für den bevorstehenden Kommunalwahlkampf unser Ziel sein, zukünftig nicht nur die sichtbarste, sondern in allen sozialen Milieus auch die mitgliederstärkste Partei in Mecklenburg-Vorpommern zu sein. Hierfür müssen wir immer offen und bereit sein, vorhandene Formate weiterzuentwickeln und neue Formate und Ansätze zu etablieren und uns so neue Themenfelder erarbeiten, die uns eine erfolgreiche Parteiarbeit in den 2030ern ermöglichen.

Der Landesparteirat wird deshalb beauftragt, anknüpfend an die Ergebnisse und Empfehlungen des Modernisierungsprozesses und unter Einbindung aller Ebenen der Landespartei, die inhaltliche Parteiarbeit sowie die Landesparteistrukturen auf Verbesserungspotenziale zu evaluieren und Vorschläge für deren Umsetzung zu entwickeln.

S1

Antragsteller:in: OV Carbäk-Dummerstorf-Rostocker Heide

Gleichstellung im Steuerrecht durchsetzen

Die SPD-MV möge sich für eine Bundesratsinitiative einsetzen, die darauf abzielt, dass zeitnah das deutsche Steuerrecht so reformiert wird, dass im privaten Bereich die Gleichstellung von Mann und Frau gemäß Grundgesetz Artikel 3 realisiert wird.

S2

Antragsteller:in: KV Landkreis Rostock

Leihmutterschaft und Eizellenspende erlauben

Die SPD-MV spricht sich für die Zulassung der Leihmutterschaft und der Eizellenspende in Deutschland aus. Es müssen Regelungen geschaffen werden, welche die Leihmutterschaft und Eizellenspende in Deutschland erlauben. Dabei sollen auch bei geförderter Eizellenspende durch die Krankenkasse, Ehen zwischen zwei Frauen, mit denen von heterosexuellen Paaren gleichgestellt werden.

Überweisung an den Landesvorstand:

Der Landesparteitag fordert den Landesvorstand auf, die Debatte zur Leihmutterschaft zu starten, und zum nächsten ordentlichen Landesparteitag eine Positionierung vorzunehmen.

S3

Antragsteller:in: AfB & KV Landkreis Rostock

Heimerziehung und sonstige betreute Wohnformen (§ 34 SGB VIII) – Hilfe zur Erziehung

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern wird sich dafür einsetzen, dass das Nähere über die Erlaubnis für den Betrieb einer Einrichtung über Tag und Nacht (Heimerziehung) und sonstiger betreuter Wohnformen (§ 34 SGB VIII) auf landesgesetzlicher Grundlage in Form eines Parlamentsgesetzes oder einer Rechtsverordnung geregelt wird.

S4

Antragsteller:in: OV Schwerin Südstadt

Pilotprojekt zur Installation einer Schulgesundheitsfachkraft/School-Nurse/Schulkrankenschwester an einer Gesamtschule

Der Landesparteitag spricht sich für ein Pilotmodell zum Einsetzen einer Schulgesundheitsfachkraft ein, die an einer Schule für alles zuständig sein soll, was mit Gesundheit zu tun hat:

- Wunden desinfizieren und Verbände wickeln
- Über Ernährung und Sexualität aufklären
- Kinder mit chronischen Krankheiten, wie z.B. Diabetes, im Blick behalten
- Vorhaltung von Verbänden, Medikamenten, Schnelltests und Tampons
- Zurverfügungstellung von Broschüren („Rauchfrei durchs Leben“, „Sozialpsychiatrischer Dienst Schwerin“, „Suse hilft“ etc.)
- Ansprechpartner/in für Einschlafprobleme, Bauch- und Rückenschmerzen, Kopfschmerzen, psychosomatische Beschwerden, etc.

Hierfür soll an einer Schule in einer zweijährigen Testphase eine Gesundheitsfachkraft eingestellt werden, der ein eigener entsprechend ausgestatteter Raum zur Verfügung gestellt wird. Sie soll täglich während der Schulzeit für die SchülerInnen zur Verfügung stehen. Entsprechende Mittel sind im Haushalt einzustellen.

S5

Antragsteller:in: OV Carbäk-Dummerstorf-Rostocker Heide

Umsetzung der Empfehlung der Gutachterkommission „Universitätsmedizinen MV 2030“

Die SPD-MV möge sich für die Erarbeitung von detaillierten Konzepten und Strategien zur schnellen Umsetzung der Empfehlungen der Gutachterkommission „Universitätsmedizinen MV 2030“ zur Verbesserung der Krankenversorgung und innovativen Forschung und damit der Abschaffung der Konkurrenzsituation zwischen der Universitätsmedizin Rostock und dem Südstadt Klinikum Rostock einsetzen.

Überweisung an die Landtagsfraktion:

S6

Antragsteller:in: KV Nordwestmecklenburg-Wismar

Gebührenfreiheit für Personaldokumente und für die Ausstellung des Führerscheins für bedürftige Personen also Einkommensbezieher nach SGB I...I XII und SGB I...I II

Grundlage für die Regelsatzbemessung sind nach § 28 Abs. 3 SGB I...I XII die tatsächlichen statistisch ermittelten Verbrauchsausgaben von Haushalten in unteren Einkommensgruppen;

Datengrundlage ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Da in der Referenzgruppe der EVS zum Stichtag der Erfassung keine Ausgaben für Gebühren erfasst wurden, sind diese damit nicht in der Regelsatzbemessung eingeflossen. Mithin sind in den Regelsätzen keine Gebühren für Personaldokumente enthalten. Hierbei handelt es sich um Gebühren von 37,00 Euro bzw. 82,00 Euro (Stand 15.10.2020). Deshalb fordern wir, Bedürftige nach Vorlage des Bewilligungsbescheides von den Gebühren für Personaldokumente freizustellen.

Überweisung an den AK Bundespolitik:

S7

Antragsteller:in: KV Nordwestmecklenburg-Wismar

Kleine Einkommen und Renten noch stärker von der Preisexplosion entlasten

Der Landesparteitag begrüßt die von den Bundesparteivorsitzenden angeregte und von der Landespartei vorsitzenden unterstützte Zielstellung, die enorm gestiegenen Lebenshaltungskosten für kleine Einkommen, kleine Renten und Pensionen sowie für Grundsicherungsempfänger, Auszubildende und Studierende mit weiteren Maßnahmen spürbar zu entlasten.

Vor diesem Hintergrund fordern wir, dass Rentner:innen, Studierenden, Auszubildenden und Erwerbslosen die Energiekostenpauschale von 300 Euro ebenfalls und möglichst rasch ausgezahlt wird! Für kleine Einkommen, kleine Renten und Pensionen sowie für Grundsicherungsempfänger, Auszubildende und Studierende soll zudem ein ergänzender Energiekostenentlastungsbetrag auf den Weg gebracht werden, der zudem eine zusätzliche Entlastungskomponente für Kinder enthält.

Im Gegenzug sollen Übergewinne und hier insbesondere spekulative kriegsbedingte Gewinne, wie sie derzeit bei den Mineralölkonzernen eingefahren werden, bis zu 100 Prozent besteuert werden, damit deren Kosten nicht auf die Verbraucher:innen abgewälzt werden.

S8

Antragsteller:in: KV Rostock

Anonymisierte Bewerbungsverfahren

Die SPD setzt sich dafür ein, dass bei allen Bewerbungen, bei denen der Staat direkt (als Kommune, Bundesland, etc.) oder indirekt (als öffentliches Unternehmen) als Arbeitgeber auftritt, anonymisierte Bewerbungsverfahren, so wie von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes vorgeschlagen, angewendet werden.

Der Antrag wird an den SPD-Bundesparteitag weitergeleitet.

Antragsteller:in: KV Rostock

Zeitenwende in der Sozialpolitik verwirklichen

Die Sozialdemokratie setzt sich für die Verbesserung der Lebensverhältnisse insbesondere der Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen ein. Gerade diese Menschen sind durch die enormen Preissteigerungen für Waren und Dienstleistungen infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine und des Versagens der neoliberalen Wirtschaftsweise besonders betroffen, das durch die Verwerfungen der Corona-Pandemie immer offener zu Tage tritt.

Die SPD hat in den letzten Jahren intensiv die Fehler und Folgen der Sozialpolitik der vergangenen Jahrzehnte aufgearbeitet und mit dem Bürgergeld und der Kindergrundsicherung Konzepte erarbeitet, die Fehlentwicklungen korrigieren und auch in der aktuellen Situation die Chance bietet, die prekäre ökonomische Situation von Millionen von Menschen in der Bundesrepublik deutlich zu verbessern und deren Leben zu verlängern. Denn die Lebenserwartung von armen Menschen ist deutlich niedriger als diejenige von Einkommensstarken. Damit finden wir uns als Sozialdemokratie niemals ab!

Eine Ursache dafür liegt in der Anlage der Regelsätze für Leistungen der sozialen Mindestsicherung in der Bundesrepublik. Diese werden nach „Warenkörben“ angelegt. Allerdings entspricht die zur Verfügung gestellte Summe nicht den tatsächlichen Kosten entsprechend des Bedarfs etwa für Lebensmittel, sondern der Summe, die die unteren 20% der Einkommensbezieher im Schnitt dafür ausgeben. Auf diese Art und Weise der Berechnung wird Armut immer weiter verstärkt und zementiert. In der Folge müssen Menschen, die auf Leistungen der sozialen Mindestsicherung angewiesen sind, um satt zu werden, auf eine ausgewogene Ernährung verzichten, da bspw. frisches Gemüse unerschwinglich ist. Dies hat wiederum negative Auswirkungen auf Gesundheit und andere Lebensbereiche und belastet damit nicht nur die Betroffenen, sondern durch direkte und indirekte soziale Folgekosten die Volkswirtschaft insgesamt.

Obwohl die SPD die Bundesregierung führt, spielen in der aktuellen politischen Debatte die sozialdemokratischen Politikentwürfe zur Lösung dieser Probleme so gut wie keine Rolle. Dies hat vor allem mit den Ansichten und Prioritäten der FDP und eines Teils der Grünen zu tun. Während für Sicherheits- und Verteidigungspolitik enorme Mittel bereitgestellt werden können, ist für eine gerechtere und volkswirtschaftlich lohnende Sozialpolitik angeblich kein Geld da. Neoliberale Begründungsmuster dafür nach denen Vereinbarungen im Koalitionsvertrag auf Bundesebene durch die Weltlage überholt seien, lassen wir nicht gelten. Denn eine Neujustierung gemeinsamer Vorhaben muss in alle Richtungen möglich sein und eine höhere Besteuerung von Vermögen und Einkommen eröffnet insgesamt neue Möglichkeiten – auch für eine progressive, volkswirtschaftlich kluge und vorausschauende Sozialpolitik.

Die SPD-Bundestagsfraktion und der Bundesarbeits- und Sozialminister werden daher aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass

1. alle Leistungen der sozialen Mindestsicherung (z. B. ALG II, Grundsicherung im Alter, Erwerbsunfähigkeitsrente, BAföG) sofort mindestens in Höhe der Inflationsrate (aktuell: 7,3%) erhöht werden.
2. auf die gesetzgeberisch schnellstmögliche Weise das Bürgergeld eingeführt wird, welches das soziokulturelle Existenzminimum absichert und für Lebensmittel einen Betrag vorsieht, der in allen Lebensstadien eine Ernährung nach den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung ermöglicht.

3. auf die gesetzgeberisch schnellstmögliche Weise die Kindergrundsicherung eingeführt wird, welche nicht nur das soziokulturelle Existenzminimum absichert und für Lebensmittel einen Betrag vorsieht, der in allen Entwicklungsstadien eine Ernährung nach den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung ermöglicht, sondern sich darüber hinaus an den Ausgaben von Familien mit mittleren Einkommen für Bildung und Teilhabe orientiert.

4. auf die gesetzgeberisch schnellstmögliche Weise eine BAföG-Reform auf den Weg gebracht wird, die den Zugang zum BAföG erleichtert, das soziokulturelle Existenzminimum absichert und für Lebensmittel einen Betrag vorsieht, der eine Ernährung nach den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung ermöglicht.

5. zur Finanzierung dieser und weiterer staatlicher Aufgaben hohe Einkommen und Vermögen sowie Gewinne großer (Internet-)Konzerne stärker als bisher besteuert werden.

Der Antrag wird an die SPD-Landesgruppe im Bundestag und für die weitere Beratung an den SPD-Bundesparteitag weitergeleitet.

S10

Antragsteller:in: KV Vorpommern-Greifswald

Reformierung des Gesundheitssystems

1. Die Landtagsfraktion der SPD wird aufgefordert, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die Versorgung durch Hausärzt:innen, vor allem im ländlichen Bereich, aber auch in den touristischen Hochburgen, durch geeignete Anreize gesichert werden kann.

Die gleiche Forderung gilt für die Versorgung durch Fachärzt:innen aller Fachbereiche.

Grundlage für eine ausreichende Versorgung kann nicht der von der Kassenärztlichen Vereinigung festgelegte Schlüssel bezogen auf die Einwohnerzahl sein, sondern hier sind die touristischen Übernachtungszahlen unbedingt mit einzubeziehen.

2. Die Landtagsfraktion der SPD wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für den Erhalt von Standorten für Haus- und Facharztzulassungen in ländlichen Regionen und ein darauf bezogenes bundeseinheitliches Gesetz einzusetzen.

3. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung werden aufgefordert, die zur Anwerbung und Ansiedlung von Haus- und Fachärzt:innen, die derzeit nur geringfügig Unterstützung erhalten, unbedingt zu erhöhen. Dabei sollte ein Anreiz geschaffen werden, durch die sich die Darlehensrückzahlung durch die Dauer der Praxisexistenz anteilig verringert.

4. Um Hausärzt:innen zu entlasten und dadurch die medizinische Versorgungslage insbesondere in ländlich und touristisch geprägten Regionen zu entspannen wird die SPD-Landtagsfraktion aufgefordert, sich für die Etablierung von „Community Health Nurses“ („Gemeindepfleger:innen“) einzusetzen. Hierzu ist in einem ersten Schritt zu prüfen, wie „Community Health Nurses“ künftig an einer staatlichen Universität oder Hochschule in Mecklenburg-Vorpommern akademisch ausgebildet werden können (z. B. Neueinrichtung des Studiengangs „Community Health Nursing“, Reformierung des bestehenden Master-Studiengangs „Pflegerwissenschaften“). Die dafür am besten geeignete Option ist von der SPD-Landtagsfraktion mit Nachdruck zu verfolgen.

S11

Antragsteller:in: AfB

Geförderter Familienurlaub nach § 16 SGB VIII

Der Landesparteitag hat beschlossen:

1. die Höhe der Tagessätze und der Landesmittel für geförderten Familienurlaub regelmäßig an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung anzupassen,
2. die SPD-Bundes- und Landtagsabgeordneten werden gebeten, sich dafür einzusetzen, dass die investive Förderung für den geförderten Familienurlaub unter deutlich höherer Beteiligung des Bundes ermöglicht wird.

S12

Antragsteller:in: OV-KTV

Beschluss – Inklusion als Menschenrecht - SPD MV geht mit gutem Beispiel voran

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Inklusion ist für jeden ein Menschenrecht und fängt bei dem selbstständigen Gang und Zugang zu den alltäglich genutzten Räumen wie Supermärkten, Freizeiteinrichtungen etc.pp. an und hört bei der inklusiven Bildung und Förderung lange nicht auf. Daher wird die Volkspartei SPD-MV einen Aktionsplan und eine Strategie entwickeln, genau diese Zugänge nicht nur „barrierefrei“, sondern auch selbstbestimmt und selbstständig erreichbar zu ermöglichen.

Der SPD-Landesvorstand und die SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert, alle WK-Büros, SPD-Büros (von der Parteizentrale in Schwerin an bis zum Fraktionsbüro der örtlichen Gemeindevertretungen) auf deren Barrierefreiheit und auf selbstbestimmte und selbständige Erreichbarkeit durch Menschen mit körperlichen Behinderungen zu überprüfen und zu erheben sowie festzustellen, welche Maßnahmen für die Erreichbarkeit und Nutzbarkeit behoben werden müssen, sowie hierfür in Abstimmung mit den Gliederungen, Abgeordneten und Kommunalfraktionen einen Aktionsplan zur mittelfristigen Beseitigung möglicher Hemmnisse zu erreichen. Damit folgt die SPD-MV der Idee der Inklusion und setzt dieses Menschenrecht auch in der Wirklichkeit um.

S13

Antragssteller:in: Jusos MV

Attraktivität ehrenamtlicher Tätigkeiten steigern

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Gerade durch die Folgen der Corona-Pandemie befinden sich viele und vor allem kleine Vereine in einer finanziellen Notlage. Diese haben auch einen immer größer werdenden Mitgliederschwund und weniger Ehrenamtler:innen. Darüber hinaus ist die ehrenamtliche Tätigkeit in vielen Bereichen, wie zum Beispiel oftmals im sozialen Bereich, schlichtweg nicht attraktiv, da es wenig Anerkennung oder zum Teil keine Entschädigungen gibt. Auch durch den

schlecht ausgebauten ÖPNV, gerade im ländlichen Raum, sind viele Menschen nicht mobil und haben wenig bis keine Möglichkeiten zu der ehrenamtlichen Tätigkeit zu gelangen. Da ehrenamtliche Arbeit häufig wenig Anerkennung findet, dient die Ehrenamtskarte als Achtung gegenüber den Ehrenamtler:innen. Jedoch sind die aktuellen Bedingungen, um die Ehrenamtskarte zu erhalten, mit einem Mindestzeitraum von 3 Jahren Engagement (Ausnahme: Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren 1 Jahr Engagement) und 5 Stunden die Woche bzw. 250 Stunden im Jahr, zu hoch angesetzt. Vor allem in temporären Tätigkeiten, wie zum Beispiel der Flüchtlingshilfe, findet ein Engagement häufig nur über ein paar Monate statt. Durch die Ehrenamtskarte erhält man unter anderem in verschiedenen Einkaufsläden, Bäckereien, Fastfoodketten und Veranstaltungszentren Vergünstigungen. Jedoch fehlen hier in den strukturschwachen Regionen viele Partner:innen. Somit haben Menschen mit dieser Karte, die in den eben genannten Gegenden wohnen, wenig Vorteile. Aus diesen angeführten Gründen sollte die Ehrenamtskarte weiterentwickelt werden.

Wir fordern:

1. den Zugang zur Ehrenamtskarte durch eine Anerkennung der Vor- und Nachbereitungszeit für die eigentliche ehrenamtliche Tätigkeit, zu vereinfachen und die erforderlichen Stunden auf 2 Stunden zu reduzieren. Die Vor- und Nachbereitung der ehrenamtlichen Tätigkeit muss angemessen angerechnet werden. Auch die Dauer von drei Jahren als Kriterium für die Ehrenamtskarte halten wir aus jugendpolitischen Gründen für ungerecht, da sie Spontanität bei jungen Menschen in der Hinwendung zum Ehrenamt einschränkt. „Für viele junge Ehrenamtliche ist die JuLeiCa (Jugendleiter*innen Card) eine wichtige Qualifikation, sowie eine Anerkennung und Ausweisdokument. Die Juleica dient Jugendgruppenleiter:innen zur Legitimation gegenüber Teilnehm-er:innen und deren Eltern, aber auch gegenüber staatlichen und nicht-staatlichen Stellen. Juleica stärkt ehrenamtliches Engagement in der Jugendarbeit. Um die Strukturen des jungen Ehrenamts nachhaltig zu fördern und in Mecklenburg-Vorpommern auszubauen fordern wir, die Möglichkeit für JuLeiCa Inhaber:innen die Ehrenamtskarte zu beantragen. Der erworbene JuLeiCa berechtigt die/den Inhaber:in zum Erhalt der Ehrenamtskarte. Deswegen fordern wir die Herabsetzung des Mindestzeitraums auf ein halbes Jahr.

Durch die systemische Diskriminierung von FINTA: in unserer Gesellschaft muss der Zugang zur Ehrenamtskarte erleichtert werden, indem wir hier den Mindestzeitraum auf drei Monate herabsetzen.

2. Durch den Besitz der Ehrenamtskarte und/oder JuLeiCa die kostenlose Nutzung des ÖPNV in ganz Mecklenburg-Vorpommern. Des Weiteren fordern wir Vergünstigungen im öffentlichen Leben, bei dem die regionalen Gegebenheiten berücksichtigt werden. Die Ermäßigungen müssen landesweit gewährt werden und nicht an den Wohnsitz im betroffenen Landkreis gebunden sein. Anspruch ist, auch in den ländlichen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns attraktive und vielfältig ausgestaltete Angebote für die Nutzung der Ehrenamtskarte zu schaffen. Eine Kampagne, um die Ehrenamtskarte und die Vorteile ihrer Nutzung in Mecklenburg-Vorpommern bekannter zu machen und somit für das Ehrenamt zu werben. Gleichsam muss aktiv nach Partner:innen im ländlichen Raum gesucht werden, um die Ehrenamtskarte attraktiver zu machen.

3. Für eine breitere und verbesserte ehrenamtlich Struktur in Mecklenburg-Vorpommern ist eine gute Finanzierung der Ehrenamtsstiftung Mecklenburg-Vorpommerns und der Jugendverbandsarbeit notwendig. Deswegen fordern wir die Erhöhung der entsprechenden Fördermittel.

4. Eine Verbesserung der Attraktivität der Ehrenamtskarte und/oder JuLeiCa allein reicht jedoch nicht aus, um bestehende Probleme im Ehrenamt zu lösen. Viele kleine Vereine sind durch die Corona Pandemie in eine finanzielle Notlage geraten. Sie sind häufig jedoch von wichtiger gesellschaftlicher Bedeutung und somit unverzichtbar. Um diese weiterhin zu erhalten ist besonders wichtig Vereine nachhaltig mit Fördermitteln zu versorgen. Es müssen die

entsprechenden Fördermittel erhöht werden, um wichtige Strukturen zu erhalten und auszubauen. Auch der Zugang zu Fördermitteln muss erleichtert werden.

Überweisung an die Landtagsfraktion

S14

Antragsteller:in: Jusos MV, AfA, AsF

Grunderbe jetzt – Wohlstand für alle!

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern unterstützt den Vorschlag des Ostbeauftragten der Bundesregierung, Carsten Schneider und spricht sich fortan für ein Grunderbe für alle Personen, die das 18. Lebensjahr erreicht haben, aus.

Um tatsächlich in der Lage zu sein, entweder Eigentum aufzubauen, eigene Projekte zu verwirklichen, ein eigenes Unternehmen aufzubauen oder sich finanziell unabhängig für Ausbildungs-, Studien-, oder Lebensort zu entscheiden, fordern wir allerdings ein Grunderbe von 60.000€, welches bedingungslos ausgezahlt wird und über eine deutlich erhöhte Erbschaftssteuer finanziert wird. Hierdurch wird ein gezielter und wirkungsvoller Umverteilungseffekt erzeugt und eine Vielzahl junger Menschen emanzipiert. Zudem visieren wir eine Reform der Freibeträge an, um Mitnahmeeffekte wirtschaftlich privilegierter Gruppen fortan zu korrigieren. Dafür bedarf es einen grundsätzlichen Diskussionsprozess.

S15

Antragsteller:in: Jusos MV

Selbstbestimmtes Wohnen für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung ermöglichen

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns und die kommunalen Verantwortlichen werden dazu aufgefordert, eine auskömmliche Finanzierung für ein selbstbestimmtes, eigenverantwortliches Wohnen von Menschen mit Behinderungen sicherzustellen. Die nach Eingliederungshilferecht gesetzlich garantierte Wahlfreiheit zur eigenen Wohnung auch für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung muss endlich vollständig umgesetzt werden (s. § 77 SGB IX).

Menschen mit Behinderungen haben wie alle anderen Menschen auch das Recht, ihren Wohnort frei zu wählen. Sie dürfen selbst entscheiden, mit wem und wie sie leben. Sie sind nicht verpflichtet, in besonderen Wohnformen zu leben. Diese Entscheidungsfreiheit ermöglicht ein Leben in der Gemeinschaft, verhindert Isolation und Absonderung und muss auf Wunsch der Leistungsberechtigten ermöglicht werden (s. § 9 und § 35 SGB XII). Der entstehende Mehrbedarf

muss übernommen werden. Darüber hinaus bedarf es auch einer konsequenteren Umsetzung der geäußerten Bedarfe zur selbstständigen Lebensführung von Menschen mit Behinderungen in der Bedarfs-feststellung im Teilhabeplanverfahren, damit selbstbestimmte Teilhabe Realität werden kann.

S16

Antragsteller:in: Jusos MV

Gewährung des altersunabhängigen Unterhaltsvorschusses in der schulischen Ausbildung der Kinder

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Wir fordern den Anspruch auf altersunabhängigen Unterhaltsvorschuss Alleinziehender bis zur Beendigung der schulischen Ausbildung des Kindes. Kinder aus alleinerziehenden Familien wachsen unter erschwerten Bedingungen auf.

Diese Familien sind enormer finanzieller Belastung ausgesetzt. Obwohl Alleinerziehende größtenteils erwerbstätig sind, sind die Mittel häufig nicht ausreichend, um ein bestmögliches Aufwachsen gewährleisten zu können. Die finanzielle Situation verschlechtert sich, wenn kein Unterhalt, beziehungsweise ein zu geringer Betrag gezahlt wird durch den anderen Elternteil. Aus diesem Grund gibt es einen Anspruch auf Unterhaltsvorschuss. Hierbei handelt es sich um eine staatliche Leistung für alleinerziehende Elternteile, um ausbleibende Unterhaltszahlungen auszugleichen. Durch den Unterhaltsvorschuss wird die finanzielle Last, sowie das Armutsrisiko verringert. Dieser wird nur bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres des Kindes ausgezahlt. Allerdings ist zu diesem Zeitpunkt die Schullaufbahn auf dem ersten Bildungsweg oftmals noch nicht beendet, sodass eine wichtige Einnahmequelle für Alleinerziehende wegfällt. Diese Unterstützung sollte bis zur Vollendung der schulischen Laufbahn fortgeführt werden, damit es keine finanziellen Ausfälle gibt. Dies wiederum würde der Bildungsgerechtigkeit, sowie der Chancengleichheit und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben zugutekommen.

S17

Antragsteller:in: Jusos MV

Strukturelle Entlastungen schaffen und die Handlungsfähigkeit des Staates auch über die Krise hinaus erhalten!

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie, ebenso wie die des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine, stellen Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen ebenso wie die Beziehenden von Transferleistungen vor erhebliche Herausforderungen. Die Teuerung betrifft nicht alle gleich. Der rapide Anstieg der Energiepreise und von Grundnahrungsmitteln vermindert die Kaufkraft von Menschen mit geringen und mittleren Einkommen überproportional stark. Die kurzfristigen Entlastungen waren richtig und notwendig. Es muss jedoch sicherstellen, dass eben jene Menschen, die die Mehrbelastungen gerade besonders zu spüren bekommen, langfristig entlastet werden. Neben unserem Anspruch für uns Jungsozialist:innen, dass Krisen niemals zu negativen Umverteilungseffekten von oben nach

unten führen dürfen, sind strukturelle Entlastungen auch erforderlich, um die Zustimmung für die Sanktionspolitik des Westens gegenüber Russland zu erhalten. Dafür braucht es einen handlungsfähigen Sozialstaat, der unter Beweis stellt, dass die innenpolitische und sozialpolitische Handlungsfähigkeit ebenso besteht wie die außenpolitische. Darüber hinaus muss Handlungsfähigkeit des Staates zur Vorbereitung von Krisen, die notwendigerweise aus dem ungezügelten, real existierenden Neoliberalismus resultieren, gegeben sein.

Sicherung des inneren und sozialen Friedens

Die Verteidigungsfähigkeit und Resilienz eines Staates wird nicht allein durch seine militärische Verteidigungsfähigkeit gewährleistet, sondern auch durch eine funktionierende zivile Infrastruktur, durch ein funktionierendes Sozial- und Bildungswesen und eine aufgeklärte Gesellschaft, die gegenüber Verschwörungsmythen unempfindlich ist und eine funktionierende demokratische Debattenkultur pflegt. Wir brauchen einen umfassend handlungsfähigen Staat, der in allen Bereichen investieren kann.

Wir als Jusos MV befürworten ausdrücklich den Kurs der Bundesregierung, die Bürger:innen mit beispiellosen Entlastungspaketen während der Inflation und den dadurch gestiegenen Lebenshaltungskosten, insbesondere der Energiekosten, zu unterstützen. Die bisherigen Initiativen zur Abfederung der Kostenexplosion waren richtig, aber sie reichen nicht aus, um mittlere und geringe Einkommen, Studierende, Auszubildende, Rentner:innen und Personen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, ausreichend vor den Auswirkungen der Preis-Explosionen zu schützen. Deshalb setzen wir uns für weitere Entlastungen ein, die insbesondere die Gruppen der jungen Menschen und der Rentner:innen adressieren, denn diese sind besonders armutsgefährdet und von den gegenwärtigen Preissteigerungen besonders intensiv betroffen.

Dazu gehört für uns im Einzelnen:

- Die Einführung des Bürgergelds, welches die Situation derjenigen in unserer Gesellschaft, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, substantiell verbessern muss.
- Neben der Abschaffung der Sanktionen muss die Ampelkoalition deswegen grundlegend die Regelsätze der Sozialhilfe, Grundsicherung und der Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz erhöhen, sodass die Mehrkosten durch die Inflation vollständig ausgeglichen werden. Die Ungleichbehandlung von Asylbewerber:innen und Menschen in der Grundsicherung lehnen wir ab, weswegen eine Angleichung des Leistungsniveaus erfolgen muss. Weiterhin bedarf es einer substantiellen Erhöhung der realen BAföG-Sätze und eine Ausweitung des Kreises der Anspruchsberechtigten.
- Eine sofortige Abschaffung des von der FDP aufdiktierten und profitorientierten Tankrabattes. Stattdessen werden die Bürger:innen durch Tankgutscheine entlastet. Der Bund zahlt einen gesetzlich festgelegten Betrag an die Tankstellen, der sich an den realen Rohstoffpreisen orientiert. Somit kann es nicht zu Mitnahmeeffekten durch die Energiekonzerne kommen.
- Die Weiterführung des 9€-Tickets für die bundesweite Nutzung des Nahverkehrs und Preissenkung im Schienenfernverkehr, zu Entlastung der Nutzer:innen und einen positiven Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Mittelfristig streben wir einen ticketlosen ÖPNV an. Auch hier war die Einführung des 9€-Tickets ein erster richtiger Schritt in Richtung einer ernstzunehmenden Mobilitätswende. Die Kommunen müssen dafür entsprechende Refinanzierung durch Bund und Länder erhalten.

Das soziale Klimageld

Eine zentrale Rolle zur nachhaltigen und strukturellen Entlastung der Bürger:innen von den höheren Energiekosten spielt für uns die Einführung des sozialen Klimagelds. Dabei schließen wir uns den Vorschlägen von Hubertus Heil ausdrücklich an. Das soziale Klimageld muss die dauerhaft zu erwartenden Kostensteigerungen durch den notwendigen Umstieg auf erneuerbare Energien ausgleichen. Diese werden durch den verbrecherischen, russischen Überfall auf die Ukraine und die damit einhergehenden Verwerfungen auf den Energiemärkten zusätzlich verstärkt. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass einkommensschwächere Haushalte einerseits

weniger CO₂ verursachen, andererseits verhältnismäßig stärker von den Mehrbelastungen durch höhere Energiepreise betroffen sind. Deswegen muss das Klimageld sozial gestaffelt werden.

Ziel bei der Ausgestaltung des Energiegelds sollte es sein, eine doppelte Umverteilungswirkung zu erreichen. Einerseits, indem bereits die Belastungen reicherer Haushalte mit höherer CO₂-Produktion höher ist als einkommensschwächerer Haushalte und andererseits indem einkommensschwache Haushalte durch höhere Auszahlungen stärker vom Klimageld profitieren. Das Klimageld soll dabei auch Transferempfänger:innen zugutekommen.

Das Klimageld muss sich in der Höhe mindestens an den durchschnittlich zu erwartenden Mehrbelastungen für Haushalte jeweiliger Größe orientieren und muss im Durchschnitt diese bei einer Überkompensation für ärmere Haushalte und einer Unterkompensation für reichere Haushalte die zusätzlichen Belastungen ausgleichen.

Das Klimageld sollte spätestens bis zum ersten Quartal 2023 umgesetzt werden, andernfalls braucht es weitere kurzfristige Entlastungsmaßnahmen zur Überbrückung.

Wir wollen politisch das klare Zeichen setzen, dass die notwendige Energiewende nicht auf Kosten von Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen geht, sondern sogar mit Realeinkommenszugewinnen verbunden sein kann. Klimapolitik und Sozialpolitik gehen für uns Hand in Hand. Nur so kann die sozialökologische Transformation gestaltet werden.

Ein krisenresilientes Gesundheitssystem

Die Corona-Pandemie führte uns vor Augen, dass das ohnehin stark überlastete Gesundheitssystem im Bund und Mecklenburg-Vorpommern in gewissen Situationen zusammenbrechen kann. Vor allem die Pfleger:innen standen dabei im besonderen Fokus. Es muss endlich einen flächendeckenden Tarifvertrag für Krankenhäuser und Pflegeheime geben. Dadurch wird auch eine Attraktivität des Berufs geschaffen, die dem Fachkräftemangel entgegenwirkt. Die Menschen verdienen einen besseren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen, zum Beispiel einen menschenwürdigen Versorgungsschlüssel. Nur klatschen reicht nicht!

Neben dem Tarifvertrag muss es eine verbesserte Ausstattung des materiellen und organisatorischen Unterbaus des Gesundheitssystems geben. Um einer ähnlichen Aufgabe wie der Corona-Pandemie zu begegnen, braucht es Vorbereitungen, die eine ähnlich fatale Entwicklungen verhindern. Dazu müssen mehr Krankenhäuser in die öffentliche Hand. Nur so kann eine menschengerechte Versorgung, die nicht auf die auf Profitmaximierung basiert, sichergestellt werden. Dazu muss es auch eine Offensive in der digitalen Infrastruktur geben. Sie kann bei zielgerichteter, verhältnismäßiger und verantwortungsbewusster Nutzung dazu beitragen Arbeitsprozesse zu beschleunigen und die Fachkräfte von Arbeit zu entlasten.

Neben diesen strukturellen Problemen haben wir mit der Trennung von gesetzlichen- und privatversicherten Menschen immer noch ein großes Gerechtigkeitsproblem im Gesundheitssystem. Hier wird nicht nach der Dringlichkeit oder Größe des Problems entschieden, sondern wie viel Profit solche Leistungen erbringen. Während Kassenpatient:innen auf ihre Untersuchung warten, sind viele Privatpatient:innen überversorgt. Unser Ziel bleibt die Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin und die Einführung einer Bürger:innenversicherung, um eine gerechte Gesundheitsversorgung zu gewährleisten.

Die Finanzierungsseite in den Blick nehmen

Ein handlungsfähiger Staat braucht eine ausreichende Finanzierung. Nachdem in den letzten Jahrzehnten die Reichsten 10% massive Vermögenszuwächse erfahren haben und Kapitaleinkommen in unserem Steuersystem derzeit massiv gegenüber Arbeitseinkommen bevorzugt wird, ist es notwendig, wieder die Verteilungsfrage zu stellen und insbesondere die stark gewachsenen Vermögen der letzten Jahre in den Blick zu nehmen.

Vermögensumverteilung

Nicht zuletzt durch die notwendigen Tilgungen der im Rahmen der Sondervermögen aufgenommenen Mehrverschuldung, werden zukünftige Haushalte stark belastet. Diese Mehrbelastungen dürfen auch zukünftig nicht zu Lasten des Gesamthaushalts gehen. Es wird endlich Zeit, diejenigen, die in den letzten Jahren unter anderem auch an den politischen und

gesellschaftlichen Krisen finanziell enorm profitiert haben, an den Kosten zu beteiligen. Dafür fordern wir die stärkere Heranziehung von Vermögen und Kapitaleinkünften durch im Einzelnen folgende Maßnahmen:

- Die Einführung einer Übergewinnsteuer nach internationalem Vorbild zum Abschöpfen von Gewinnen bei Unternehmen, die übermäßig starke Gewinne durch Kriseneffekte gemacht haben.
- Eine progressive Vermögensbesteuerung, die auf Vermögen / Erbschaften in Millionenhöhe abzielt
- Die Abschaffung der Ausnahmen für Unternehmenserb:innen bei der Erbschaftssteuer
- Die Abschaffung der Abgeltungssteuer und eine Besteuerung von Kapitaleinkommen mit den gleichen progressiven Steuersätzen wie Erwerbseinkommen

Hilfen in Krisen und Zukunftsinvestitionen ermöglichen

In Krisenzeiten und -situationen, wie beispielsweise während der Corona- Pandemie muss die Handlungsfähigkeit des Staates sichergestellt sein. Haushalte können wirtschaftliche, diplomatische oder vermehrt auftretende Umweltkatastrophen nicht präzise erahnen und die notwendigen Gelder bereitstellen. Die Möglichkeit von Neuverschuldung ist deswegen ein wichtiges Instrument in der effektiven, schnellen und zielgenauen Krisenbekämpfung. Es steht zu erwarten, dass Küstenländer, wie MV, die deutlichsten Verliererländer des Klimawandels sein werden. Gleichzeitig könnten wir mitunter am meisten von einer Energiewende profitieren. Unsere Gesellschaft steht damit vor zwangsläufigen Transformationsprozessen. Um die wirtschaftliche Existenz der Bürger*innen unseres Landes langfristig zu sichern, müssen diese Prozesse erfolgreich gestaltet werden. Dies gelingt nur dann, wenn der Staat die hierbei entstehenden Kosten auffängt.

Standortfaktoren, wie beispielsweise eine angemessene Anbindung an Infrastruktur und Lieferketten obliegen der Pflege durch die Allgemeinheit. Ohne die notwendigen Investitionen in den Erhalt und Ausbau von Verkehrs-, aber eben auch Energie- und Dateninfrastruktur, verlieren Wirtschaftsstandorte in Deutschland und MV ihre Wettbewerbsfähigkeit und Unternehmen und Wirtschaftskraft wandern ab. Dies hinterlässt einen Einbruch an Steuereinnahmen, der wiederum dazu führt, dass noch weniger investiert werden kann.

Auch die Lebensqualität eines Landes senkt sich, wenn Investitionen in staatliche Strukturen ausbleiben. Die Verfügbarkeit von Schulen, KiTas, Gesundheitsvorsorge, Kulturangeboten, sowie Mobilität sind Faktoren, die entscheiden, ob Menschen an einem Ort leben wollen. Dort wo zu wenig investiert wird, wandern Menschen ab. Wir wollen MV langfristig stärken und für die Zukunft stark aufstellen. Das geht nicht ohne Investitionen.

Die SPD MV steht weiterhin für eine seriöse Finanzpolitik, die im Idealfall Investitionen ohne neue Schulden tätigt. Das bedeutet aber gleichzeitig, dass der Staat jederzeit – und gerade in der Krise – in der Lage sein muss, zum Wohl der Menschen Zukunftsinvestitionen zu tätigen. Die Schuldenbremse in ihrer jetzigen Form verhindert das.

Statt der Schuldenbremse in ihrer jetzigen Form in der Verfassung sollte es eine Schuldenregel geben, die wichtige Investitionen in die Infrastruktur der öffentlichen Daseinsvorsorge ermöglicht. Gleichzeitig muss diese Regel verhindern, dass eine Verschuldung in Fremdwährung, zu konsumtiven Zwecken oder zur Finanzierung laufender Ausgaben wie Gehaltszahlungen erfolgt. Hierfür müssen wirksame Regelungen entwickelt und getroffen werden. Der Parteitag beauftragt den Landesvorstand, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die Vorschläge für eine solche Regel entwickelt.

Antragsteller:in: KV Vorpommern-Greifswald

Landesweite Ehrenamtsstrategie

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD-MV setzt sich für eine landesweite Ehrenamtsstrategie für das Land Mecklenburg-Vorpommern ein.

Antragsteller:in: OV Rostock-Kröpeliner Tor-Vorstadt

Verhinderung von Altersarmut – für eine lebensstandardsichernde Rente!

Der SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern spricht sich dafür aus, dass die Bundes-SPD die Bekämpfung von Altersarmut verstärkt.

Dabei begrüßt und unterstützt die Landes-SPD die Einführung der Grundrente sowie die aktuellen Konzepte der Bundes-SPD als wichtige Zwischenschritte.

Der SPD-Landesverband spricht sich darüber hinaus dafür aus, dass zur Verhinderung von Altersarmut die Rückkehr zur nettolohnbezogenen, lebensstandardsichernden Rente geprüft wird.

In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Rücknahme der Absenkungen des Rentenniveaus durch

- den sog. „Riester-Faktor“,
- den sog. „Nachhaltigkeitsfaktor“ (Rürup) sowie
- die „Rente mit 67“

zu prüfen.

Für eine gerechte und auskömmliche Finanzierung der gesetzlichen Rente ist darüber hinaus zu prüfen, mit welchen konkreten Schritten das Ziel einer „Rente für alle“ aus unserem Bundestagswahlprogramm (Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die Rentenversicherung, d. h. neben den Arbeitnehmer:innen auch die Selbstständigen, Beamte:innen, freien Berufe und Mandatsträger:innen) realisiert werden kann.

Den Einstieg in eine kapitalgedeckte Säule der Gesetzlichen Rentenversicherung lehnt der SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern ab und fordert die SPD-Landesgruppe im Bundestag auf, entsprechenden Gesetzesentwürfen nicht zuzustimmen. Stattdessen setzen wir uns weiterhin, wie im Wahlkampf versprochen, für die Überführung der bisherigen ineffizienten und teuren privaten Altersvorsorge („Riester-Rente“ und „Rürup-Rente“) in ein standardisiertes, kostengünstiges staatliches Angebot ein.

Der SPD-Landesverband wird darüber einen Antrag zum SPD-Bundesparteitag einreichen, der die o. g. Punkte enthält.

Antragsteller:in: Jusos MV

Biologische Vielfalt auf kommunalen Grünflächen

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Wir fordern die kommunalen Verantwortungsträger:innen der SPD auf, die herausragende Rolle biologisch vielfältiger Lebensräume – auch die von öffentlichen Grünflächen in unserer direkten Umgebung – zu unterstreichen und zu mehr Engagement und Kreativität bei deren Bewirtschaftung zu bekennen. Hierfür stellen wir folgende inhaltliche Forderungen:

1. Artenreiche Bestände sollen erhalten bleiben.
2. Maßnahmen zur Erhöhung des Artenreichtums sollen, unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten und der aktuellen Nutzung, erprobt werden.
3. Alternative Nutzungs- und Pflegekonzepte sollen unter Einbeziehung von Anwohner:innen, Bildungseinrichtungen, Vereinen usw. erprobt werden.
4. Die Notwendigkeit von energie- und materialintensiven Pflegearbeiten soll überprüft werden.
5. Ökologische Aspekte sollen Vorrang vor rein ästhetischen Aspekten haben.

Antragsteller:in: KV Vorpommern-Greifswald

Bahn stärken, ländlichen Raum und Tourismusgebiete anbinden – Die Verkehrswende in M-V beherzt angehen!

Der Landesparteitag hat beschlossen:

1. Die SPD Mecklenburg-Vorpommern unterstreicht die herausragende Rolle einer sicheren, bequemen und allen Menschen zugänglichen Mobilität für die Daseinsvorsorge - gerade auch im ländlichen Raum. Sie bekennt sich zur Verkehrswende und zur Sicherstellung der Mobilität für die Menschen in unserem Land zu bezahlbaren Preisen.
2. Die SPD Mecklenburg-Vorpommern sieht die Notwendigkeit, den öffentlichen schienengebundenen Verkehr gerade in den Tourismusgebieten auszubauen, um anreisenden Touristen ein attraktives Angebot für die Anreise mit der Bahn zu unterbreiten. Daher fordert die SPD M-V die Landesregierung dazu auf, das Schienennetz auszubauen und insbesondere stillgelegte Bahnstrecken - gerade auch im ländlichen Raum - mit Hilfe der vom Bund bereitgestellten Regionalisierungsmittel oder über Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) wiederzubeleben. Hierfür sollen die Planungen bis zur Genehmigungsreife durch das Land M-V in die eigene Hand genommen werden.

Ein besonderer Schwerpunkt soll auf den folgenden Schienenstrecken liegen:

- Barth – Prerow
- Ducherow – Karnin – Heringsdorf (Swinemünde)
- Hagenow Stadt – Ratzeburg

- Malchow – Parchim
- Meyenburg – Güstrow
- Neustrelitz – Feldberg
- Neustrelitz – Wittstock
- Rehna – Schönberg

3. Damit die Verkehrswende in Mecklenburg-Vorpommern gelingt, bedarf es nicht nur eines attraktiven Bahnangebotes in Tourismusgebieten.

Zugleich ist es notwendig, den vielen Pendlerinnen und Pendlern in M-V ein gut getaktetes und aufeinander abgestimmtes Angebot an Bahnverbindungen auf den bestehenden Strecken im ländlichen Raum anzubieten.

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern fordert daher die Landesregierung auf, sich bei der Deutschen Bahn AG für eine Anpassung des Fahrplans dahingehend einzusetzen, dass schienengebundene Zubringerverkehre auch Verkehrsknotenpunkte im ländlichen Raum zeitlich so erreichen, dass eine Weiterfahrt nach einer maximalen Aufenthaltsdauer von 30 Minuten möglich ist.

Zugleich ist darauf hinzuwirken, dass regelmäßige direkte Zugverbindungen von Oberzentren zu Oberzentren und darüber hinaus erhalten sowie optimiert werden, damit Pendlerinnen und Pendlern auf ein gut organisiertes und beschleunigtes SPNV-Netz in M-V zugreifen können. Dabei sind Direkt- und Fernverbindungen weitaus attraktiver und mit weniger möglichen Hindernissen für die verschiedensten Nutzerinnen und Nutzer verbunden.

4. Um den Güterverkehr im Land langfristig auf die Schiene zu verlagern und damit die Straßen in M-V zu entlasten, fordert die SPD Mecklenburg-Vorpommern die Landesregierung dazu auf, gerade auch die Nebenstrecken im Schienennetz M-V zu reaktivieren und auszubauen. Entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten durch das Bundeswirtschaftsministerium sollen dazu geprüft und beantragt werden.

5. Die SPD Mecklenburg-Vorpommern unterstützt die Landesregierung M-V nachhaltig und fordert sie dazu auf, sich weiterhin beim Bund für den durchgehenden Ausbau der Fernverkehrsstrecken Berlin – Pasewalk – Anklam – Stralsund sowie Hamburg – Schwerin – Rostock – Stralsund auf mindestens 160 km/h einzusetzen, damit die Tourismusregionen im Land aus Richtung Hamburg und Berlin schnell mit der Bahn erreicht werden können.

V4

Antragsteller:in: KV Nordwestmecklenburg-Wismar

Tempolimit jetzt

Der Landesparteitag fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung auf, sich für ein bundesweit einheitliches Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen einzusetzen, um deutliche CO₂-Einsparungen zu ermöglichen. Innerorts ist in Wohngebieten darauf hinzuwirken, ein Tempolimit von 30km/h zu etablieren sowie autofreie Zonen bzw. Shared Spaces zu prüfen, um damit auch die Verkehrssicherheit deutlich zu erhöhen.

Antragsteller:in: KV Rostock, Jusos MV

Infrastruktur für Verkehrswende schaffen

Aufgrund der Energiewende ist es allgemeiner Konsens in der SPD, dass wir in den nächsten Jahren von fossilen Energieträgern wegkommen müssen, was daher auch im Wahlprogramm zur Landtagswahl 2021 steht. Um dies zu erreichen, sind sehr viele Verbesserungen in der Verkehrsinfrastruktur nötig. Die SPD soll sich daher für folgende Punkte einsetzen:

1. Es sollte auf jeden Fall der öffentliche Personennahverkehr verbessert werden, sodass auf lange Sicht ein Privat-PKW keine Notwendigkeit mehr ist.
2. Da die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs sehr viel Zeit beanspruchen wird und viele Menschen weiterhin auf die Nutzung eines Privat-PKWs angewiesen sind, muss eine Infrastruktur geschaffen werden, die es erlaubt, private E-Autos zu laden. Angestrebt werden sollte daher, dass auf Straßen in Wohngebieten auf 25 m Straße mit Parkplätzen eine Ladesäule mit mindestens CCS-Standard (>50kW) geschaffen wird. Diese können geclustert werden, also 2 Säulen auf 50 m etc.
3. Gewerblich genutzte Fahrzeuge, ÖPNV, sowie Fahrzeuge der Rettungsdienste, Feuerwehr, THW und in Teilen auch der Polizei, haben eine gewisse Auslastung und müssen verlässlich arbeiten können. Diese Dienstfahrzeuge können daher auf Grund von diversen Gründen (Tageszeit, Witterung, Arbeitszeiten, Notfälle etc.) nicht durch Ladezeiten eingeschränkt werden. Aufgrund dessen empfiehlt sich für diese Fahrzeuge, auf wasserstoffbasierte Antriebe umzusteigen. Für diese ist aber ebenfalls eine verlässliche Infrastruktur nötig, an der es komplett mangelt. Aus diesem Grund sollen Fuhrparks von Busunternehmen, Rettungsdiensten, Polizeidienststellen, THW-Zentralen und Feuerwehren mit nahen Wasserstoffnachfüllstationen ausgestattet werden. Zusätzlich sollten Betreiber:innen von Tankstellen dazu gefördert werden, ebenfalls Wasserstofftankstationen aufzubauen, um im landesweiten Tankstellennetz auch Wasserstoff (flüssig und gasförmig) anzubieten.

Der Antrag wird an den SPD-Bundesparteitag weitergeleitet.

Antragsteller:in: Jusos MV

Nächster Halt: Mobilitätswende – Die Weiterführung des 9-Euro-Tickets

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Die zeitlich begrenzte Einführung des 9-Euro-Tickets im Zuge des Entlastungspaketes 2022 hat zwei Sachen klar gezeigt:

1. Die Menschen sind bereit für die Mobilitätswende und steigen gerne auf öffentliche Verkehrsmittel im Nah- und Regionalverkehr um, wenn dazu passende Anreize geschaffen werden.
2. Die Kapazitäten, sowie das Bahnnetz werden dieser Nachfrage jedoch nicht gerecht.

Für uns ist dadurch klar, dass die Menschen die Mobilitätswende mitmachen wollen. Das 9-Euro-Ticket kam zur richtigen Zeit und es wäre nur richtig, dieses übergangsweise fortzuführen. Die Notwendigkeit der Mobilitätswende ergibt sich unmittelbar aus den Folgen des Klimawandels, welche schon jetzt immer drastischer auch bei uns zu spüren sind. Hier ist es unsere Verantwortung mit guten Ideen und Beispielen voranzugehen. Ein nachhaltiger, gut ausgebauter, verlässlicher ÖPNV ist hierbei einer der Grundlagen für das Gelingen dieser Wende.

Des Weiteren muss das Angebot der Bahn weiter ausgebaut werden, sodass die Attraktivität langfristig steigt und für die Mehrheit der Menschen eine echte Alternative zum Individualverkehr darstellt.

Daher fordern wir:

die übergangsweise Weiterführung des 9-Euro-Tickets für den öffentlichen Nah- und Regionalverkehr, mindestens aber die Einführung eines 365-Euro-Tickets, bis zur Einführung eines kostenlosen öffentlichen Personennahverkehrs.

- einen Ausbau des Bahnnetzes sowie der Kapazitäten des Nah- und Regionalverkehrs, der der hohen Nachfrage gerecht wird

W1

Antragsteller:in: OV Rügen-Hiddensee

Bekanntnis zu den Tourismusregionen im Tourismusgesetz Mecklenburg-Vorpommern

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert, bei den anstehenden Beratungen zu einem Tourismusgesetz Mecklenburg-Vorpommern und weiteren Regelungen zur Weiterentwicklung des Tourismus darauf hinzuwirken, dass die Förderung und Unterstützung von Destinationsmanagementstrukturen durch das Land an den Umfang der gemeindeübergreifenden Kooperation geknüpft wird. Dazu sollen Mindestgrößen bzw. Schwellenwerte hinsichtlich Fläche und Einwohnerzahl von gemeinsamen Tourismusgebieten für den Zugang zu Hilfen des Landes bzw. die Abstufung der Fördersätze definiert werden. Hierbei dürfen bei der gemeindeübergreifenden Kooperation auch die größeren Städte (z.B. Stralsund, Schwerin oder Rostock) in eingebetteten Tourismusregionen nicht vergessen werden. Zudem bedarf es eines gemeinsamen Infrastrukturverständnisses bei Mobilität, Rad- und Wanderwegen sowie Freizeitangeboten.